



Beschluss-Protokoll

der 38. und 39. Sitzung, Amtsjahr 2013-2014

Mittwoch, den 8. Januar 2014, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Dr. Conradin Cramer, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

8. Januar 2014, 09:00 Uhr
38. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Sibel Arslan (GB), Mustafa Atici (SP),
Andrea Bollinger (SP), Martin Gschwind (fraktionslos), Sarah Wyss (SP).*

8. Januar 2014, 15:00 Uhr
39. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Sibel Arslan (GB), Mustafa Atici (SP),
Andrea Bollinger (SP), Martin Gschwind (fraktionslos),
Emmanuel Ullmann (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	4
3.	Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2014 / 2015	6
4.	Wahl des Statthalters / der Statthalterin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2014 / 2015	7
5.	Wahl eines Mitglieds des Bankrates der Basler Kantonalbank für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. März 2017	8
6.	Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Bankrates der Basler Kantonalbank für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. März 2017	9
7.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Sturm)	10
8.	Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Sturm)	11
10.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 13.1417.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen in der Quartierarbeit für den Betrieb von 15 Quartiertreffpunkten, zwei Stadtteilsekretariaten und einer Quartierkoordination in den Jahren 2014 bis 2016	12
11.	Ratschlag betreffend Erneuerung des Subventionsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und familia (ehem. Basler Frauenverein am Heuberg) für die Frauenberatungsstelle für die Betriebsjahre 2014 bis 2017	15
12.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Subventionen an das SAM Schweizerisches Architekturmuseum für die Jahre 2014 bis 2017	16
13.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zu vier Subventionen im Bereich Sucht	17

14.	Ratschlag betreffend die Bewilligung von Subventionen an die Pro Senectute beider Basel für die Jahre 2014 - 2016 in den Bereichen Sozialberatung und Treuhandschaften sowie Reinigungsarbeiten, Umzüge und Räumungen	20
19.	Neue Interpellationen.	22
15.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht betreffend eine Investition als einmalige Einkaufssumme im Rahmen einer Private-Public-Partnership (PPP) und Betriebsbeiträge für den eHealth-Modelversuch Basel-Stadt	23
16.	Bericht des Regierungsrates betreffend Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2012. Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel Stadt (USG BS)	24
17.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P313 "Wehret den Anfängen! Keine Rotlichtzone im Wohnquartier Lehenmatt!"	25
18.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P317 "Für mehr Sicherheit der Schulwege im Wettsteinquartier"	26
20.	Budgetpostulate 1 - 3 für das Budget 2014	26
21.	Motionen 1 - 2	27
22.	Anzüge 1 - 11	28
23.	Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKs	31
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Verbreiterungen von Velospuren	32
25.	Bericht des Regierungsrates betreffend Neuorganisation des Stadt- und Ortsbildschutzes sowie zur Neuregelung der Bewilligungspflicht und Bewilligungsfähigkeit von Solaranlagen sowie Bericht zu drei Anzügen	32
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend kurz- und mittelfristiges Veloparkplatzangebot am Bahnhof SBB	33
27.	Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Joël Thüring betreffend vollständige Transparenz zur Auftragsvergabe bei Institutionen im Besitze des Kantons	34
28.	Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Christian von Wartburg betreffend die Art und Weise und das Volumen der Auftragsvergaben durch den Bankrat der Basler Kantonalbank (BKB)	34
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der UVEK betreffend Ausgabenkompetenz beim Mehrwertabgabefonds	34
30.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend IWB-Landbesitz in Riehen	35
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	37
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	43
	Anhang C: Neue Vorstösse	47

Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 8. Januar 2014, 09:00 Uhr

Konzert des Quasar Bläserquintetts des Sinfonieorchesters Basel

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie im neuen Jahr. In diesen politisch stürmischen Zeiten beginnt der Grosse Rat das neue Jahr gewohnt besinnlich mit einer musikalischen Darbietung des Quasar Bläserquintetts des Sinfonieorchesters Basel.

Es spielen:

- Julia Habenschuss, Flöte
- Marc Lachat, Oboe
- Rossana Rossignoli, Klarinette
- Benedikt Schobel, Fagott
- Jean-François Taillard, Horn.

Ihr heutiges Repertoire: Trois pièces brèves von Jacques Ibert.

- - - Konzert - - -

Conradin Cramer, Grossratspräsident: ich danke dem Quasar Bläserquintett des Sinfonieorchesters Basel für diesen festlichen, gelungenen beschwingten Auftakt ins neue Jahr *[Applaus]*.

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[08.01.14 09:10:41, MGT]

Mitteilungen

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen.

Katja Christ (GLP) aus Riehen nimmt den Platz des zurückgetretenen Andreas Sturm ein. *[Applaus]*

Ich wünsche Katja Christ für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse sie hier herzlich willkommen.

Rücktritt

Urs Schweizer (FDP) hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. Januar 2014 den Rücktritt erklärt.

Urs Schweizer gehörte dem Rat seit 2004 an. Seit 2009 ist er Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und der baselstädtischen Delegation in der IPK der Fachhochschule Nordwestschweiz. In der Amtsdauer 2005 - 2009 war Urs Schweizer auch Mitglied der Finanzkommission und der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. 2006 und 2007 vertrat Urs Schweizer zudem den Kanton Basel-Stadt im Nationalrat.

Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat als Mitglied des Grossen Rates geleisteten Dienste. *[Applaus]*

Neue Interpellationen

Es sind 9 neue Interpellationen eingegangen.

Alle Interpellationen werden schriftlich beantwortet.

Gespendeter Kaffee

Unser ehemaliges Ratsmitglied Christoph Holenstein hat in den Sommerferien seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Er ist heute nochmals im Rathaus, um sich gebührend von Ihnen zu verabschieden und spendiert heute Morgen den Kaffee. Herzlichen Dank! *[Applaus]*

Tagesordnung

Conradin Cramer, Grossratspräsident: beantragt, die Beratung des Zonenplans, Traktandum 9, auf Mittwoch, 15. Januar, 09.00 Uhr zu terminieren, da sich der Präsident der Bau- und Raumplanungskommission aus wichtigen familiären Gründen kurzfristig von der Teilnahme an der heutigen Sitzung entschuldigen musste.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Beratung des Zonenplans, Traktandum 9, auf Mittwoch, 15. Januar, 09.00 Uhr zu terminieren.

Andreas Zappalà (FDP): beantragt, die Geschäfte 5 und 6 der Tagesordnung auf nächsten Mittwoch, 15. Januar 2014, zu terminieren.

Voten: *Patricia von Falkenstein (LDP); Stephan Luethi-Brüderlin (SP); Sebastian Frehner (SVP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Urs Schweizer (FDP); Eric Weber (fraktionslos); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Tanja Soland (SP)*

Abstimmung

Terminierung der Geschäfte 5 und 6 (Wahl des Bankrates) auf den 15. Januar 2014.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion FDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 78 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 419, 08.01.14 09:29:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

Martin Lüchinger (SP): beantragt, den Ratschlag 13.1835.01 betreffend Neufassung von § 73 des Bau- und Planungsgesetzes nicht wie vom Ratsbüro beantragt der BRK, sondern **der UVEK zuzuweisen**.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: hält fest, dass die Behandlung von Traktandum 1 noch nicht abgeschlossen ist.

Voten: *Martin Lüchinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[08.01.14 09:31:45, ENG]

Zuweisungen

Voten: *Elias Schäfer (FDP)*

Abstimmung

Antrag SP auf Zuweisung des Ratschlags 13.1835.01 an die UVEK

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SP (Zuweisung an die UVEK), NEIN heisst Ablehnung des Antrags (Zuweisung an die BRK)

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 420, 08.01.14 09:33:52*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SP **abzulehnen**. Der Ratschlag 13.1835.01 wird der BRK zugewiesen.

Michael Wüthrich (GB): beantragt, den Ratschlag 13.1835.01 an die **UVEK zum Mitbericht** zuzuweisen.

Abstimmung

Antrag auf Zuweisung des Ratschlags 13.1835.01 an die UVEK zum Mitbericht

JA heisst Zuweisung an die UVEK zum Mitbericht, NEIN heisst keine Zuweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 39 Nein, 5 Enthaltungen. [*Abstimmung # 421, 08.01.14 09:35:03*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Ratschlag 13.1835.01 an die **UVEK zum Mitbericht** zuzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die weiteren Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Rücktritt von Andreas C. Albrecht als Präsident und Mitglied des Bankrates der Basler Kantonalbank per 18. Dezember 2013 (auf den Tisch des Hauses) (13.5517.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatriz Greuter betreffend dem Label iPunkt (FD, 13.5372.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Mirjam Ballmer betreffend Kontamination des Trinkwassers durch die Chemiemüll-deponie Feldreben (WSU, 13.5370.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Nachtflugverbot in Basel und betreffend Fähren, die nachts fahren (WSU, 13.5356.02)

- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Altersarmut - immer mehr über 50-jährige bei der Sozialhilfe (WSU, 13.5437.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Einführung einer Sicherstellung der Löhne von Cabaret- und Nightclub-Tänzerinnen (stehen lassen) (WSU, 09.5160.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Loretta Müller und Konsorten betreffend Verbesserung der Parkplatzsituation für Velos (stehen lassen) (BVD, 09.5244.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Unmut bei der BVB (BVD, 13.5374.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann betreffend Einsparungen beim Strassenbau (BVD, 13.5396.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Öffnung von Einbahnstrassen für Velos (stehen lassen) (BVD, 09.5241.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Annemarie Pfeifer betreffend Toiletten für das Familiengartenareal Milchsuppe (BVD, 13.5382.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Atomunfall bei Basel und das zu erwartende Super-Erdbeben in unserer schönen Stadt (JSD, 13.5343.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend freier Computer-Zugang im Einwohnermeldeamt Basel-Stadt, der leider abgeschafft wurde (JSD, 13.5354.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Joël Thüring betreffend hat auch Basel (s)einen Carlos? (JSD, 13.5358.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Karl Schweizer betreffend Massnahmen zur Rettung der durch die drohende Schliessung im 2015 bedrohten Kinder- und Jugendfreizeitmöglichkeiten im "Alten Pumpwerk der IWB" im Kleinbasler Schorenquartier (Lange Erlen) (ED, 13.5331.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatriz Greuter betreffend Spitexdienste und Spitexfirmen im Kanton Basel-Stadt (GD, 13.5373.02)

3. Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2014 / 2015

[08.01.14 09:35:39, WG1]

Die Fraktion FDP beantragt die Wahl von **Christian Egeler** als Grossratspräsident für das Amtsjahr 2014/2015.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Als Wahlbüro für diese und die weiteren geheimen Wahlen der heutigen Sitzung werden vorgeschlagen:

Daniel Goepfert, Chef des Wahlbüros; Sektoren 1 + 5: Brigitte Heilbronner; Sektor 2: Emmanuel Ullmann [evtl. Martina Bernasconi]; Sektor 3: Michael Koechlin; Sektor 4: Rolf von Aarburg; Sekretariat: Sabine Canton (Parlamentsdienst).

Der Grosse Rat genehmigt

stillschweigend das vorgeschlagene Wahlbüro.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	93
Eingegangene Wahlzettel	92
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	92
Absolutes Mehr	47

Gewählt ist:

Christian Egeler , mit	91 Stimmen
Leere Stimmen	1

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich gratuliere Christian Egeler zur Wahl und wünsche ihm viel Erfolg, Freude und Befriedigung im neuen Amt.

Der Grosse Rat wählt

Christian Egeler als Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2014/2015.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Wahl des Statthalters / der Statthalterin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2014 / 2015

[08.01.14 09:51:42, WGE]

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt die Wahl von **Elisabeth Ackermann** als Statthalterin des Grossen Rates.

Eric Weber kandidiert ebenfalls als Statthalter des Grossen Rates.

Die Wahl findet geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	92
Eingegangene Wahlzettel	92
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	91
Absolutes Mehr	46

Gewählt ist:

Elisabeth Ackermann , mit Stimmen haben erhalten:	79 Stimmen
Eric Weber	4
Vereinzelte	1
Leere Stimmen	7

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich gratuliere Elisabeth Ackermann zur Wahl und wünsche ihr viel Erfolg, Freude und Befriedigung im neuen Amt.

Der Grosse Rat wählt

Elisabeth Ackermann als Statthalterin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2014/2015.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl eines Mitglieds des Bankrates der Basler Kantonalbank für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. März 2017

[08.01.14 10:06:51, WA1]

Für die Wahl als Mitglied des Bankrates der BKB von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde **Urs Berger**.

Da er nicht dem Grossen Rat angehört, wurde Ihnen ein Lebenslauf verteilt.

Martin Kuonen aus Grimisaut (Kt. Wallis) hat im Hinblick auf die Wahl des Bankpräsidiums seine Kandidatur als Mitglied des Bankrates angemeldet. Die Bewerbungsunterlagen liegen auf dem Tisch des Hauses, der Lebenslauf wurde Ihnen verteilt.

Ebenfalls als Mitglied des Bankrates kandidiert **Eric Weber**.

Die Wahl findet geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	93
Eingegangene Wahlzettel	93
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	92
Absolutes Mehr	47
Gewählt ist:	
Urs Berger , mit	60 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Martin Kuonen	11
Tanja Soland	3
Eric Weber	2
Leere Stimmen	16

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich gratuliere Urs Berger zur Wahl und wünsche ihm viel Erfolg, Freude und Befriedigung im neuen Amt.

Der Grosse Rat wählt

Urs Berger, Therwil, als Mitglied des Bankrates für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. März 2017.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Bankrates der Basler Kantonalbank für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. März 2017

[08.01.14 10:24:04, WAH]

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Wählbar sind nur Mitglieder des Bankrates. Die Mitglieder des Bankrates der BKB nominieren **Andreas Sturm** als Präsidenten des Bankrates. Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden, als zu wählen sind, kann die Wahl offen durchgeführt werden. Dafür braucht es ein Zweidrittelmehr.

Abstimmung

Offene Wahl, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind (Zweidrittelmehr).

Ja heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 10 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 422, 08.01.14 10:25:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl ins Präsidium der BKB offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Abstimmung

Wahl von Andreas Sturm als Präsident des Bankrates.

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 1 Nein, 33 Enthaltungen. [Abstimmung # 423, 08.01.14 10:26:42]

Abgegebene Stimmen: 90, Absolutes Mehr: 46.

Der Grosse Rat wählt

Andreas Sturm als Präsidenten des Bankrates für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. März 2017.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Sturm)

[08.01.14 10:27:11, WAH]

Die Fraktion GLP nominiert **Martina Bernasconi** (GLP) als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission.

Gemäss § 14 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der ständigen Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb in den Traktanden 7 und 8 nur Wahlvorschläge zulässig, welche Mitglieder der Fraktion GLP betreffen.

Abstimmung

Offene Wahl in den Traktanden 7 und 8, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind (Zweidrittelmehr).

Ja heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 424, 08.01.14 10:28:46]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen in den Traktanden 7 und 8 offen durchzuführen, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Abstimmung

Wahl von Martina Bernasconi als Mitglied der BRK

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 425, 08.01.14 10:29:25]

Der Grosse Rat wählt

Martina Bernasconi als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Sturm)

[08.01.14 10:29:37, WAH]

Die Fraktion GLP nominiert **Katja Christ** (GLP) als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 426, 08.01.14 10:30:29]

Der Grosse Rat wählt

Katja Christ als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 13.1417.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen in der Quartierarbeit für den Betrieb von 15 Quartiertreffpunkten, zwei Stadtteilsekretariaten und einer Quartierkoordination in den Jahren 2014 bis 2016

[08.01.14 10:31:02, BKK, PD, 13.1417.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.1417.02 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 5'445'000 zu bewilligen.

Voten: *Martin Lüchinger, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Joël Thüring (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Franziska Reinhard (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Oswald Inglin (CVP/EVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Oswald Inglin (CVP/EVP)*

Einzelvoten

Voten: *Eveline Rommerskirchen (GB); Ernst Mutschler (FDP); Kerstin Wenk (SP); Thomas Müry (LDP)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Martin Lüchinger, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Quartiertreffpunkte, Stadtteilsekretariate und Quartierkoordination

Antrag

Es liegen zwei Anträge der SVP vor. Der erste betrifft die Streichung des Satzteils "Stadtteilsekretariate und Quartierkoordination", der andere eine Beitragskürzung bei Ziffer 1.16 um Fr. 40'000 pro Jahr.

Der erste Antrag deckt sich mit demjenigen der Fraktion LDP.

Abstimmung

Antrag der Fraktionen SVP und LDP, Ziffer 1, Streichung des Satzteils "Stadtteilsekretariate und Quartierkoordination"

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktionen SVP und LDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 50 Nein. *[Abstimmung # 427, 08.01.14 11:30:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktionen SVP und LDP **abzulehnen**.

Abstimmung

Antrag der Fraktion SVP, Beitragskürzung bei Ziffer 1.16 um Fr. 40'000 pro Jahr.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 428, 08.01.14 11:31:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Detailberatung

Ziffer 2, Leistungen im Frühbereich

Ziffer 3, Trägervereine

Antrag

Die Fraktion SVP und der Regierungsrat beantragen die Kürzung des Beitrags zu Ziffer 3.1 (Stadtteilsekretariat Kleinbasel)

Abstimmung

Antrag der SVP, Kürzung des Beitrags zu Ziffer 3.1 (Stadtteilsekretariat Kleinbasel)

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 57 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 429, 08.01.14 11:33:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Antrag

Die Fraktion SVP und der Regierungsrat beantragen die Kürzung des Beitrags zu Ziffer 3.2 (Stadtteilsekretariat Basel-West)

Abstimmung

Antrag der SVP, Kürzung des Beitrags zu Ziffer 3.2 (Stadtteilsekretariat Basel-West)

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

29 Ja, 53 Nein. [Abstimmung # 430, 08.01.14 11:33:57]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Detailberatung

Publikations- und Referendumsklausel

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Die im Beschlussentwurf enthaltene Einschränkung des Regierungsrates und der Kommission, dass nur Ziffer 1 dem Referendum untersteht, ist nicht richtig und wird weggelassen.

Wenn drei separate Grossratsbeschlüsse vorliegen, kann man die Referendumsgrenze von Fr. 1'500'000 auf jeden einzelnen anwenden. Wenn aber alle drei Ausgaben in einem GRB zusammengefasst werden unterliegt der ganze Beschluss dem Referendum.

Der ganze Beschluss unterliegt dem Referendum.

Das Ratsbüro hat den Regierungsrat gebeten, darauf zu achten, dass künftig die Referendumsklausel gemäss den gesetzlichen Grundlagen formuliert wird.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 431, 08.01.14 11:35:40]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 3 vom 11. Januar 2014 publiziert.
--

11. Ratschlag betreffend Erneuerung des Subventionsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und familiea (ehem. Basler Frauenverein am Heuberg) für die Frauenberatungsstelle für die Betriebsjahre 2014 bis 2017

[08.01.14 11:35:53, BKK, PD, 13.1776.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 13.1776.01 einzutreten und der Frauenberatungsstelle von familiea Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1'520'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 432, 08.01.14 11:39:12]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an die Frauenberatungsstelle von familiea werden für die Jahre 2014 - 2017 Ausgaben von Fr. 1'520'000 (jährlich Fr. 380'000), nicht indiziert, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

12. Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Subventionen an das SAM Schweizerisches Architekturmuseum für die Jahre 2014 bis 2017

[08.01.14 11:39:23, BKK, PD, 13.1749.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 13.1749.01 einzutreten und dem Schweizerischen Architekturmuseum Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 320'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 433, 08.01.14 11:41:54]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an das S AM Schweizerisches Architekturmuseum werden für die Jahre 2014 - 2017 Ausgaben von Fr. 320'000 (jährlich Fr. 80'000), nicht indiziert, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

13. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zu vier Subventionen im Bereich Sucht

[08.01.14 11:42:05, GSK, GD, 13.0995.02 13.0738.02 13.0792.02 13.0794.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.0995.02 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 7'510'000 zu bewilligen.

Voten: *Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Subventionen an die Stiftung Suchthilfe Region Basel (SRB)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

Subventionen an die Stiftung Suchthilfe Region Basel (SRB)

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 434, 08.01.14 11:50:50]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Stiftung Suchthilfe Region Basel werden für die Jahre 2014 und 2015 Ausgaben von Fr. 6'310'000 (jährlich Fr. 3'155'000) für den Betrieb der Kontakt- und Anlaufstellen und des Beratungszentrums bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Detailberatung

Subventionen an den Verein "Frau Sucht Gesundheit"

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations Klausel

Schlussabstimmung

Subventionen an den Verein "Frau Sucht Gesundheit"

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung. *[Abstimmung # 435, 08.01.14 11:51:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Verein "Frau Sucht Gesundheit" werden für die Jahre 2014 und 2015 Ausgaben von Fr. 380'000 (jährlich Fr. 190'000) für die Anlauf- und Beratungsstelle frauenOase bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Subventionen an den Verein "Multikulturelle Suchtberatungsstelle beider Basel"

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Subventionen an den Verein "Multikulturelle Suchtberatungsstelle beider Basel"

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung. *[Abstimmung # 436, 08.01.14 11:52:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Verein "Multikulturelle Suchtberatungsstelle beider Basel" werden für die Jahre 2014 und 2015 Ausgaben von Fr. 400'000 (jährlich Fr. 200'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Subventionen an das Blaue Kreuz

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Subventionen an das Blaue Kreuz

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 437, 08.01.14 11:53:15]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für das Blaue Kreuz Basel-Stadt werden für die Jahre 2014 und 2015 Ausgaben von Fr. 420'000 (jährlich Fr. 210'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

14. Ratschlag betreffend die Bewilligung von Subventionen an die Pro Senectute beider Basel für die Jahre 2014 - 2016 in den Bereichen Sozialberatung und Treuhandschaften sowie Reinigungsarbeiten, Umzüge und Räumungen

[08.01.14 11:53:28, GSK, GD, 13.1261.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 13.1261.01 einzutreten und der Pro Senectute Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 2'415'000 zu bewilligen.

Voten: *Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission; Urs Müller-Walz (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 1 Nein. *[Abstimmung # 438, 08.01.14 12:00:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an die Pro Senectute beider Basel werden für die Jahre 2014 bis 2016 Ausgaben in der Höhe von jährlich maximal Fr. 805'000, nicht indiziert, für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen bewilligt.

(Gesundheitsdepartement / Gesundheitsversorgung)

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 38. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 39. Sitzung

Mittwoch, 8. Januar 2014, 15:00 Uhr

19. Neue Interpellationen.

[08.01.14 15:00:02]

Interpellation Nr. 112 Eric Weber betreffend Verschärfung der Unterschriftensammlung für die Grossrats-Wahlen vom 30. Oktober 2016

[08.01.14 15:00:02, PD, 13.5519.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Conradin Cramer, Grossratspräsident: bittet, Eric Weber zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Conradin Cramer, Grossratspräsident: ruft Eric Weber ein erstes Mal zur Ordnung.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Conradin Cramer, Grossratspräsident: ruft Eric Weber ein zweites Mal zur Ordnung. Das Votum ist damit beendet.

[Eric Weber spricht weiter]

Conradin Cramer (LDP): ruft Eric Weber ein drittes Mal zur Ordnung und ersucht Eric Weber, den Saal zu verlassen. Die Sitzung ist unterbrochen, bis Eric Weber den Saal verlassen hat.

Interpellation Nr. 113 Toya Krummenacher betreffend Kontrolltätigkeit bezüglich der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten der berufsmässigen Motorfahrzeugführerinnen und -führer

[08.01.14 15:05:22, JSD, 13.5518.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 114 Mirjam Ballmer betreffend radioaktives Wasser aus havarierten AKW

[08.01.14 15:05:41, GD, 13.5520.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 115 Jürg Meyer betreffend Steuerabzüge im stabilen Konkubinat

[08.01.14 15:05:51, FD, 13.5530.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 116 Franziska Roth betreffend Sperrung Veloweg entlang Riehenstrasse

[08.01.14 15:06:03, BVD, 14.5007.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 117 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Veloroutenblockade Eglisee

[08.01.14 15:06:15, BVD, 14.5008.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Interpellation Nr. 118 Heidi Mück betreffend Schulkreisleitungen

[08.01.14 15:09:45, ED, 14.5009.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (GB)*

Interpellation Nr. 119 Elias Schäfer betreffend Zwischennutzung Klybeckquai

[08.01.14 15:10:32, PD, 14.5010.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 120 Aeneas Wanner betreffend Ruhegehälter vor dem Hintergrund kritisiert VR Honorare

[08.01.14 15:10:46, FD, 14.5011.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

15. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht betreffend eine Investition als einmalige Einkaufssumme im Rahmen einer Private-Public-Partnership (PPP) und Betriebsbeiträge für den eHealth-Modelversuch Basel-Stadt

[08.01.14 15:11:04, GSK, GD, 13.0737.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.0737.02 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'740'000 zu bewilligen.

Voten: *Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Absatz 1, Investitionen und Ausgaben

Absatz 2, Bundesbeiträge

Publikations- und Referendumsklausel

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Entgegen dem Entwurf zum Grossratsbeschluss unterliegt dieser Beschluss dem Referendum, auch wenn die Gesamtkosten für den Kanton nach Abzug der Bundesbeiträge möglicherweise unterhalb der Grenze für referendumspflichtige Beschlüsse liegen werden (§ 29 Abs. 3 FHG).

Das Ratsbüro hat auch in diesem Fall den Regierungsrat gebeten, dass künftig die Referendumsklausel gemäss den gesetzlichen Grundlagen formuliert wird.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 439, 08.01.14 15:15:05]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Realisierung des eHealth Modellversuchs Regio Basel wird eine einmalige Investition in der Höhe von Fr. 750'000 und eine jährlich wiederkehrende Ausgabe in der Höhe von Fr. 198'000 für die Jahre 2013 bis 2017 bewilligt.

Der Beitrag des Bundes von derzeit geschätzten maximal Fr. 375'000 (Hälfte der vom Kanton getätigten Investition) wird bei Erhalt von der einmaligen Investition in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

16. Bericht des Regierungsrates betreffend Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2012. Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel Stadt (USG BS)

[08.01.14 15:15:30, UVEK, WSU, 12.1105.02, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf das Schreiben 12.1105.02 einzutreten und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Voten: *Michael Wüthrich (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Michael Wüthrich (GB)*

Voten: *Remo Gallacchi (CVP/EVP); Michael Wüthrich (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

17. Bericht der Petitionskommission zur Petition P313 "Wehret den Anfängen! Keine Rotlichtzone im Wohnquartier Lehenmatt!"

[08.01.14 15:28:47, PetKo, 13.5094.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P313 "Wehret den Anfängen! Keine Rotlichtzone im Wohnquartier Lehenmatt!" (13.5094) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P313 (13.5094) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

Die Petition P313 (13.5094) ist **erledigt**.

18. Bericht der Petitionskommission zur Petition P317 "Für mehr Sicherheit der Schulwege im Wettsteinquartier"

[08.01.14 15:33:31, PetKo, 13.5261.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P317 "Für mehr Sicherheit der Schulwege im Wettsteinquartier" (13.5261) zur Stellungnahme innert einem Jahr an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht ein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P317 (13.5261) zur Stellungnahme innert einem Jahr an den Regierungsrat zu überweisen.

20. Budgetpostulate 1 - 3 für das Budget 2014

[08.01.14 15:41:03]

1. Budgetpostulat Nora Bertschi und Urs Müller-Walz betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 271 Hochschulen, Transferaufwand

[08.01.14 15:41:03, 13.5521.01, NBP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 13.5521 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB); Sarah Wyss (SP); Michael Koechlin (LDP); Elias Schäfer (FDP); Nora Bertschi (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 70 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 440, 08.01.14 15:51:42]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Budgetpostulat 13.5521 ist **erledigt**.

2. Budgetpostulat Brigitta Gerber betreffend Präsidualdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand

[08.01.14 15:51:51, 13.5522.01, NBP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 13.5522 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Brigitta Gerber (GB); Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Zwischenfragen

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Joël Thüring (SVP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Voten: *Tanja Soland (SP); André Auderset (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 441, 08.01.14 16:05:40]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat **abzulehnen**. Das Budgetpostulat 13.5522 ist **erledigt**.

3. Budgetpostulat Brigitta Gerber betreffend Präsidualdepartement, Dienststelle 321 Gleichstellung von Frauen und Männern

[08.01.14 16:05:50, 13.5523.01, NBP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 13.5523 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Toya Krummenacher (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Toya Krummenacher (SP)*

Voten: *Sebastian Frehner (SVP); Stephan Luethi-Brüderlin (SP); Patrick Hafner (SVP); Brigitta Gerber (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 442, 08.01.14 16:21:26]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat **abzulehnen**. Das Budgetpostulat 13.5523 ist **erledigt**.

21. Motionen 1 - 2

[08.01.14 16:21:44]

1. Motion André Auderset und Konsorten betreffend einfachere Verfahren für temporäre Bauten

[08.01.14 16:21:44, BVD, 13.5474.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 13.5474 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 13.5474 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Beibehaltung von Fremdsprachenklassen an der Volksschule

[08.01.14 16:22:13, ED, 13.5501.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 13.5501 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 13.5501 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

22. Anzüge 1 - 11

[08.01.14 16:22:42]

1. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Einhaltung der Standesregeln bei der Suizidbeihilfe

[08.01.14 16:22:42, GD, 13.5473.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5473 entgegenzunehmen.

Tanja Soland (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Daniel Stolz (FDP); Patrick Hafner (SVP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 45 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 443, 08.01.14 16:36:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 13.5473 ist **erledigt**.

2. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Brigitte Heilbronner betreffend Anpassung der kantonalen Solarstromvergütung an neues Bundesrecht

[08.01.14 16:37:02, WSU, 13.5477.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5477 entgegenzunehmen.

Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 444, 08.01.14 16:40:55]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5477 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Unterstützung "weicher" Massnahmen zur Abfederung der einschränkenden Folgen der Parkraumbewirtschaftung

[08.01.14 16:41:06, BVD, 13.5478.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5478 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5478 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Zwischennutzung

[08.01.14 16:41:30, BVD, 13.5479.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5479 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5479 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Demenzstrategie für den Kanton Basel-Stadt - zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft?

[08.01.14 16:41:48, GD, 13.5480.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5480 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5480 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Erweiterung des parlamentarischen Instrumentariums

[08.01.14 16:42:08, Büro, 13.5481.01, NAE]

Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug 13.5481 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5481 einzutreten und ihn dem Ratsbüro zu **überweisen**.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Die im Anzugstext verlangte Frist von 12 Monaten zur Berichterstattung ist nicht verbindlich. Die Frist für die Beantwortung von Anzügen beträgt zwei Jahre und kann nicht verkürzt werden.

7. Anzug Elias Schäfer und Konsorten betreffend Verdichtung beim Gewerbe

[08.01.14 16:42:46, WSU, 13.5495.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5495 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5495 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend qualifiziertes Mehr für Umnutzung von Industrie- und Gewerbebezonen

[08.01.14 16:43:01, Büro, 13.5496.01, NAE]

Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug 13.5496 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5496 einzutreten und ihn dem Ratsbüro zu **überweisen**.

9. Anzug Urs Schweizer und Konsorten betreffend Differenzierung der Zone 7

[08.01.14 16:43:21, BVD, 13.5497.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5497 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5497 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Ersatzflächen für das Gewerbe

[08.01.14 16:43:37, BVD, 13.5498.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5498 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5498 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

11. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend neu zu schaffende Funktion bei der Kantonspolizei Basel-Stadt: Polizeiliche Sicherheitsassistenz (PsiA)

[08.01.14 16:43:56, JSD, 13.5499.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5499 entgegenzunehmen.

Nora Bertschi (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 14 Nein. [Abstimmung # 445, 08.01.14 16:48:54]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5499 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

23. Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKs

[08.01.14 16:49:11, Ratsbüro, 10.5390.03 10.5391.03, SAA]

Das Ratsbüro beantragt, die Anzüge 10.5390 und 10.5391 als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Elisabeth Ackermann (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug betreffend Ausbau der Kompetenzen der IGPK **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5390 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKs **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5391 ist **erledigt**.

24. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Verbreiterungen von Velospuren

[08.01.14 16:50:55, BVD, 09.5242.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 09.5242 abzuschreiben.

Martin Lüchinger (SP): **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Samuel Wyss (SVP)*; *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 446, 08.01.14 16:55:13]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 09.5242 **stehen zu lassen**.

25. Bericht des Regierungsrates betreffend Neuorganisation des Stadt- und Ortsbildschutzes sowie zur Neuregelung der Bewilligungspflicht und Bewilligungsfähigkeit von Solaranlagen sowie Bericht zu drei Anzügen

[08.01.14 16:55:23, BVD, 13.1892.01 09.5267.03 09.5110.04 11.5143.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 09.5267, 09.5110 und 11.5143 als erledigt abzuschreiben.

René Brigger (SP): beantragt, alle Anzüge stehen zu lassen.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Abstimmung

Anzug Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Entlastung der Stadtbildkommission

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 38 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 447, 08.01.14 17:08:41]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten, den Anzug Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Entlastung der Stadtbildkommission **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5267 ist **erledigt**.

Abstimmung

Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Berücksichtigung von energetischen Sanierungen bei der Beurteilung von Bauten und Anlagen

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 448, 08.01.14 17:09:38]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Berücksichtigung von energetischen Sanierungen bei der Beurteilung von Bauten und Anlagen **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5110 ist **erledigt**.

Abstimmung

Anzug Guido Vogel und Konsorten betreffend mehr Rechtssicherheit beim Erstellen von Photovoltaik- und Solar-Anlagen auf Hausdächern und an Hausfassaden

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 449, 08.01.14 17:10:27]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 11.5143 **stehen zu lassen**.

26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend kurz- und mittelfristiges Veloparkplatzangebot am Bahnhof SBB

[08.01.14 17:10:43, BVD, 09.5182.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 09.5182 abzuschreiben.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5182 ist **erledigt**.

27. Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Joël Thüring betreffend vollständige Transparenz zur Auftragsvergabe bei Institutionen im Besitze des Kantons

[08.01.14 17:12:45, FD, 13.5508.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 13.5508 ist **erledigt**.

28. Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Christian von Wartburg betreffend die Art und Weise und das Volumen der Auftragsvergaben durch den Bankrat der Basler Kantonalbank (BKB)

[08.01.14 17:16:13, FD, 13.5509.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 13.5509 ist **erledigt**.

29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der UVEK betreffend Ausgabenkompetenz beim Mehrwertabgabefonds

[08.01.14 17:19:37, FD, 13.5223.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 13.5223 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 12 Monaten.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Heiner Vischer (LDP)*

Helmut Hersberger (FDP): beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Bruno Jagher (SVP)*

Einzelvoten

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Urs Müller-Walz (GB); René Brigger (SP); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Brigitta Gerber (GB); Michael Wüthrich (GB); Heiner Vischer (LDP)*

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 450, 08.01.14 17:42:45]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 13.5223 ist **erledigt**.

30. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend IWB-Landbesitz in Riehen

[08.01.14 17:43:02, FD, 13.5264.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 13.5264 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Thomas Strahm (LDP): beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)*

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

29 Ja, 47 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 451, 08.01.14 17:54:14]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 13.5264 ist **erledigt**.

Schluss der 39. Sitzung

17:55 Uhr

Basel, 8. Januar 2014

Dr. Conradin Cramer
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 419 - 433	419	420	421	422	423	424	425	426	427	428	429	430	431	432	433
1	Beatriz Greuter (SP)	N	J	E	E	E	A	A	A	N	N	N	N	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	N	J	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
3	Philippe Machereel (SP)	N	J	J	J	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
4	Dominique König (SP)	N	J	J	J	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	A
5	Ursula Metzger (SP)	N	J	J	J	E	J	A	J	N	N	N	N	J	J	J
6	Otto Schmid (SP)	N	J	J	J	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	N	J	J	J	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
8	René Brigger (SP)	E	J	J	E	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	N	N	A	E	A	A	A	A	A	J	J	E	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	E	N	N	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J
11	Erich Bucher (FDP)	J	N	N	N	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	E	J	J	J	J	J	J	J	N	E	J	J	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	N	N	N	E	E	J	J	J	J	J	J	J	N	E	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	N	N	N	J	E	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	N	N	N	J	J	A	E	A	J	J	N	J	J	J	J
17	Bruno Jagher (SVP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	N	J	J	J	J	E	E	J	A	A	A	A	A	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	A	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	N	A	J	J	J
26	Aeneas Wannier (GLP)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	N	N	J	J	J	J	J	J	A	A	A	A	A	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	N	N	J	J	J	A	A	A	N	N	N	N	J	J	J
30	Tobit Schäfer (SP)	E	N	A	A	A	A	A	A	N	N	N	N	J	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	N	J	J	N	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	J	J	J	J	J	J	A	N	N	N	N	J	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	N	J	J	J	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
36	Stephan Luethi (SP)	N	J	J	E	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	N	N	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	N	J	J	J	E	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	N	J	J	J	J	A	J	J	N	N	N	N	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	E	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	N	N	N	E	E	J	J	J	J	J	J	J	N	J	E
44	Joël Thüring (SVP)	E	N	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
47	Brigitta Gerber (GB)	N	J	J	E	E	E	E	J	N	N	N	N	J	A	A
48	Anita Lachenmeier (GB)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	A	A
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	A	A
50	Nora Bertschi (GB)	N	J	J	J	J	A	J	J	N	N	N	N	J	A	A
51	Daniel Stolz (FDP)	J	N	N	J	E	J	J	J	J	E	E	A	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	N	N	J	E	J	J	J	J	N	E	J	J	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	N	N	J	E	J	J	J	J	E	E	J	J	A	J
54	Christine Wirz (LDP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	J

Sitz	Abstimmungen 434 - 448	434	435	436	437	438	439	440	441	442	443	444	445	446	447	448
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	J	A	N	N	N
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	J	J	E	J	J	A	A	N	N	N	N
3	Philippe Machereel (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N
4	Dominique König (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	N	N	N
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	J	A	N	J	J	N	J	A	N	N	N
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	A	J	N	N	N
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	E	N	J	N	N	N	N
8	René Brigger (SP)	J	J	J	J	J	A	N	J	J	A	A	N	N	N	N
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	A	A	A	J	N	N	N	N	A	A	A	A	A
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	J	J	N	A	A	A	A	A	A	A	A
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	E	E	N	E	J	N	N	N	N	J	N	J	J	J	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	J	A	J	N	N	N	J	A	J	J	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	A	A	J	J	N	N	A	A	N	N	J	J	E	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	E	J	J	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	J	A	J	J	J	E	A	N	N	N	A
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	N	N	N	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	A	A	A	J	J	J	J	J	E	J	N	N	J	N
21	Andreas Albrecht (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	E	J	J	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	J	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	A	J	J	J	J	N	N	N	J	A	J	J	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	A	A	J	A	A	A
26	Aeneas Wannier (GLP)	J	J	A	J	J	A	A	N	N	A	A	A	N	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	E	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	J	J	A	J	E	J	J	E	J	A	N	N	N
29	Daniel Goepfert (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	J	A	A	J	N	N	N
30	Tobit Schäfer (SP)	J	J	J	J	J	J	A	A	N	N	J	J	A	N	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	A	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	N	N	N	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	N	E	J
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	J	J	J	A	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
36	Stephan Luethi (SP)	J	A	J	J	J	A	N	N	J	E	J	J	N	N	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	A	A	J	A	J	J	N	N	J	N	J	J	N	E	E
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	N	N	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	A	J	N	N	N
40	Christian von Wartburg (SP)	A	A	A	A	J	J	N	N	J	N	A	J	N	N	N
41	Sebastian Frehner (SVP)	N	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J	J	J	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	J	J	E	N	N	J	N	J	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	A	A	A	A	A	E	N	N	N	J	N	J	J	J	J
44	Joël Thüring (SVP)	N	N	N	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	N	J	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
47	Brigitta Gerber (GB)	J	A	A	J	J	J	J	J	J	J	A	N	N	N	A
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J	A	A	N	N	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A	A	N	N	N
50	Nora Bertschi (GB)	J	A	A	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J	J	J	J	N	A	N	N	J	J	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	J	J	A	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	J	J	J	J	N	N	A	J	J	J	J	J	J

Sitz	Abstimmungen 449 - 451	449	450	451
1	Beatriz Greuter (SP)	N	N	N
2	Sibylle Benz (SP)	N	J	N
3	Philippe Macherel (SP)	N	N	N
4	Dominique König (SP)	N	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	N	J	N
6	Otto Schmid (SP)	N	N	N
7	Thomas Gander (SP)	N	N	N
8	René Brigger (SP)	N	J	E
9	Christophe Haller (FDP)	A	N	N
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	E
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	E
12	Murat Kaya (FDP)	A	A	A
13	David Jenny (FDP)	J	J	E
14	Patrick Hafner (SVP)	J	N	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	N	A
16	Roland Lindner (SVP)	E	N	N
17	Bruno Jagher (SVP)	A	N	N
18	Michael Wüthrich (GB)	A	J	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	N	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	N	J	N
21	Andreas Albrecht (LDP)	A	A	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	N	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	N	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	A	A	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	N	N
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	N	J	N
29	Daniel Goepfert (SP)	N	N	N
30	Tobit Schäfer (SP)	N	A	N
31	Jörg Vitelli (SP)	N	J	N
32	Jürg Meyer (SP)	N	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	J	N
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	N	N	N
36	Stephan Luethi (SP)	N	J	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	E	N	N
38	Seyit Erdogan (SP)	N	N	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	N	N	N
40	Christian von Wartburg (SP)	N	N	N
41	Sebastian Frehner (SVP)	J	A	A
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	N	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	N	N
44	Joël Thüring (SVP)	J	N	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	N	N
46	Sibel Arslan (GB)	A	A	A
47	Brigitta Gerber (GB)	N	J	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	N	J	E
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	A	J	A
50	Nora Bertschi (GB)	N	J	A
51	Daniel Stolz (FDP)	A	A	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	A	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	N	J

Sitz	Abstimmungen 449 - 451	449	450	451
55	Heiner Vischer (LDP)	J	N	J
56	Thomas Mury (LDP)	J	N	J
57	Markus Lehmann (CVP/EVP)	J	A	A
58	Helen Schai (CVP/EVP)	J	N	J
59	André Weissen (CVP/EVP)	J	N	J
60	Emmanuel Ullmann (GLP)	A	N	N
61	Martina Bernasconi (GLP)	J	N	N
62	Mustafa Atici (SP)	A	A	A
63	Tanja Soland (SP)	N	N	N
64	Martin Luchinger (SP)	A	N	N
65	Gülsen Oeztürk (SP)	N	J	A
66	Kerstin Wenk (SP)	N	N	N
67	Atilla Toptas (SP)	N	N	N
68	Franziska Reinhard (SP)	N	A	N
69	Sarah Wyss (SP)	N	N	N
70	Sabine Suter (SP)	N	N	N
71	Pascal Pfister (SP)	N	N	N
72	Mirjam Ballmer (GB)	N	J	N
73	Heidi Mück (GB)	N	J	N
74	Urs Müller (GB)	N	J	N
75	Talha Ugur Camlibel (GB)	N	J	N
76	Samuel Wyss (SVP)	J	N	N
77	Karl Schweizer (SVP)	J	N	J
78	Oskar Herzig (SVP)	A	A	A
79	Toni Casagrande (SVP)	J	N	N
80	Peter Bochsler (FDP)	J	J	J
81	Urs Schweizer (FDP)	J	J	J
82	Roland Vögtli (FDP)	J	A	A
83	Felix Eymann (LDP)	A	N	J
84	André Auderset (LDP)	J	N	J
85	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	A	N	E
86	Pasqualine Balmelli (CVP/EVP)	A	N	N
87	Eric Weber (fraktionslos)	A	A	A
88	Martin Gschwind (fraktionslos)	A	A	A
89	Salome Hofer (SP)	A	N	J
90	Franziska Roth (SP)	N	N	J
91	Eduard Rutschmann (SVP)	A	A	A
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	J	J	J
93	Conradin Cramer (LDP)	P	P	P
94	Thomas Strahm (LDP)	J	N	J
95	Andreas Zappalà (FDP)	J	N	J
96	Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)	A	E	J
97	Rolf von Aarburg (CVP/EVP)	J	E	J
98	Thomas Grossenbacher (GB)	A	J	J
99	Katja Christ (GLP)	J	N	J
100	Helmut Hersberger (FDP)	N	J	J

J	JA	35	30	29
N	NEIN	38	49	47
E	ENTHALTUNG	2	2	6
A	ABWESEND	24	18	17
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1

	Total	100	100	100
--	--------------	-----	-----	-----

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P313 betreffend "Wehret den Anfängen! Keine Rotlichtzone im Wohnquartier Lehenmatt!"	PetKo		13.5094.02
2.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P317 "Für mehr Sicherheit der Schulwege im Wettsteinquartier"	PetKo		13.5261.02
3.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht betreffend eine Investition als einmalige Einkaufssumme im Rahmen einer Private-Public-Partnership (PPP) und Betriebsbeiträge für den eHealth-Modelversuch Basel-Stadt	GSK	GD	13.0737.02
4.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zu vier Subventionen im Bereich Sucht. Stiftung Suchthilfe Region Basel (SRB), Verein "Frau Sucht Gesundheit", Verein Multikulturelle Suchtberatungsstelle beider Basel (MUSUB), Blaue Kreuz Basel-Stadt	GSK	GD	13.0995.02 13.0738.02 13.0792.02 13.0794.02
5.	Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Consorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKs	Ratsbüro		10.5390.03 10.5391.03
6.	Bericht der Beildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für Subvention in der Quartierarbeit für den Betrieb von 15 Quartiertreffpunkten, zwei Stadtteilsekretariaten und einer Quartierkoordination in den Jahren 2014 bis 2016	BKK	PD	13.1417.02
7.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.0740.01 betreffend Gesamtrevision des Zonenplans der Stadt Basel (Basisratschlag) und Änderung des Bau- und Planungsgesetzes sowie zu drei Anzügen und Bericht der Kommissionsminderheit	BRK	BVD	12.0740.02 09.5337.04 11.5063.03
8.	Budgetpostulate zum Budget 2014			
1.	Nora Bertschi und Urs Müller-Walz betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 271 Hochschulen, Transferaufwand			13.5521.01
2.	Brigitta Gerber betreffend Präsidentialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand			13.5522.01
3.	Brigitta Gerber betreffend Präsidentialdepartement, Dienststelle 321 Gleichstellung von Frauen und Männern			13.5523.01
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Consorten betreffend Ombudsstelle für Menschen mit Behinderung und deren gesetzliche Vertretungen in den privaten Institutionen und denjenigen des kantonalen Verbundsystems Basel-Stadt		WSU	11.5204.02
10.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Consorten betreffend Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung von Geschlecht in den Kaderposition der Basler Verwaltung		FD	13.5222.02
11.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der UVEK betreffend Ausgabenkompetenz beim Mehrwertabgabefonds		FD	13.5223.02
12.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annemarie Pfeifer und Consorten betreffend IWB-Landbesitz in Riehen		FD	13.5264.02
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Consorten betreffend Abfederung der durch die 6a IV Revision bedingten negativen Konsequenzen für Betroffene und öffentliche Mittel		FD	11.5289.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Consorten betreffend Arbeitsplatzergänzung von "schwierigen" Mitarbeitenden in der Verwaltung Basel-Stadt (Arbeit vor Rente)		FD	11.5288.02
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Consorten betreffend kurz- und mittelfristiges Veloparkplatzangebot am Bahnhof SBB		BVD	09.5182.03

16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Verbreiterungen von Velospuren	BVD	09.5242.03
17.	Bericht des Regierungsrates betreffend Neuorganisation des Stadt- und Ortsbildschutzes sowie zur Neuregelung der Bewilligungspflicht und Bewilligungsfähigkeit von Solaranlagen sowie Bericht zu drei Anzügen	BVD	13.1892.01 09.5267.03 09.5110.04 11.5143.03
18.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beatriz Greuter und Konsorten betreffend Unterstützung von Wiedereinsteigenden und Quereinsteigenden in den Gesundheitsberufen sowie betreffend Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Mitarbeiterinnen in den Gesundheitsberufen	GD	11.5141.02 11.5199.02
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Gewährung konditional rückzahlbarer Darlehen an Studierende	ED	12.5205.02
20.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes. Platzgarantie zum Wunschtermin	ED	13.5225.02
21.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Weiterführung der Zusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt mit der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR)	ED	13.5226.02
22.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Beibehaltung von Einführungsklassen auf der Primarstufe	ED	13.5230.02
23.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend keine Unterschriftenpflicht für Wahlvorschläge von im Grossen Rat vertretenen Parteien bei kantonalen Wahlen	PD	13.5224.02

Überweisung an Kommissionen

24.	Ratschlag betreffend Rahmenbewilligung für die Finanzierung der gemeinschaftlichen und ungedeckten Leistungen des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2014 und 2015. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	GSK	GD	13.1834.01
25.	Ratschlag betreffend Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZBG)	GSK	GD	13.0391.01
26.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für einen Investitionsbeitrag an den Neubau Adullam-Pflegeheim Riehen und an den Neubau Demenzheim Marthastift	GSK	GD	13.1887.01
27.	Ausgabenbericht betreffend Subventionsvertrag mit der Beratungsstelle der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) in Basel für die Jahre 2014 bis 2017	GSK	WSU	13.1515.01
28.	Ratschlag betreffend Bebauungsplan "Hochhauszone Novartis Campus Plus, Teil 2" (Areal Novartis Pharma AG). Änderung des Bebauungsplans Nr. 187 für die "Hochhauszone Novartis Campus, Teil 1" mit Einbettung in ein städtebauliches Leitbild für die gesamte Hochhausentwicklung innerhalb Novartis Campus	BRK	BVD	13.1788.01
29.	Ratschlag betreffend Neufassung von §73 des Bau- und Planungs-gesetzes (BPG) sowie Bericht zur Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Anpassung des Bau- und Planungsgesetzes bezüglich der Pflicht zur Erstellung von Veloabstellplätzen	BRK/ Mitbe- richt UVEK	BVD	13.1835.01 11.5252.03
30.	Petition P324 "Weiterführung der Subventionen an die 'Freunde alter Musik Basel' und die 'Internationale Gesellschaft für Neue Musik'"	PetKo		13.5511.01
31.	Petition P325 "Innenhof Riehenring 3 nicht zerstören"	PetKo		13.5527.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

32. Anzüge:

- | | | |
|------|--|------------|
| a) | Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Öffnung des Steges unter der neuen Eisenbahnbrücke für Velofahrende | 13.5505.01 |
| b) | Heidi Mück und Konsorten betreffend GeneralistInnen für die Primarschule | 13.5515.01 |
| c) | Patrick Hafner und Konsorten betreffend Recycling von Getränkekartons | 13.5526.01 |
|
 | | |
| 33. | Motionen: | |
| a) | Otto Schmid und Konsorten betreffend Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften und Änderung des §133 der Kantonsverfassung | 13.5528.01 |
| b) | Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt | 13.5529.01 |
| 34. | Vorgezogenes Budgetpostulat zum Budget 2015 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290 Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand | 13.5524.01 |

Kenntnisnahme

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 35. | Rücktritt von Andreas C. Albrecht als Präsident und Mitglied des Bankrates der Basler Kantonalbank per 18. Dezember 2013 (auf den Tisch des Hauses) | 13.5517.01 |
| 36. | Rücktritt von Urs Schweizer als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2014 (auf den Tisch des Hauses) | 13.5531.01 |
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatriz Greuter betreffend dem Label iPunkt | FD 13.5372.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Mirjam Ballmer betreffend Kontamination des Trinkwassers durch die Chemiemüll-deponie Feldreben | WSU 13.5370.02 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Nachtflugverbot in Basel und betreffend Fähren, die nachts fahren | WSU 13.5356.02 |
| 40. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Altersarmut – immer mehr über 50-jährige bei der Sozialhilfe | WSU 13.5437.02 |
| 41. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Einführung einer Sicherstellung der Löhne von Cabaret- und Nightclub-Tänzerinnen (stehen lassen) | WSU 09.5160.03 |
| 42. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Loretta Müller und Konsorten betreffend Verbesserung der Parkplatzsituation für Velos (stehen lassen) | BVD 09.5244.03 |
| 43. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Unmut bei der BVB | BVD 13.5374.02 |
| 44. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann betreffend Einsparungen beim Strassenbau | BVD 13.5396.02 |
| 45. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Öffnung von Einbahnstrassen für Velos (stehen lassen) | BVD 09.5241.03 |
| 46. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Annemarie Pfeifer betreffend Toiletten für das Familiengartenareal Milchsuppe | BVD 13.5382.02 |
| 47. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Atomunfall bei Basel und das zu erwartende Super-Erdbeben in unserer schönen Stadt | JSD 13.5343.02 |
| 48. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend freier Computer-Zugang im Einwohnermeldeamt Basel-Stadt, der leider abgeschafft wurde | JSD 13.5354.02 |
| 49. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Joël Thüring betreffend hat auch Basel (s)einen Carlos? | JSD 13.5358.02 |

- | | | | |
|-----|--|----|------------|
| 50. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Karl Schweizer betreffend Massnahmen zur Rettung der durch die drohende Schliessung im 2015 bedrohten Kinder- und Jugendfreizeitmöglichkeiten im "Alten Pumpwerk der IWB" im Kleinbasler Schorenquartier (Lange Erlen) | ED | 13.5331.02 |
| 51. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatriz Greuter betreffend Spitexdienste und Spitexfirmen im Kanton Basel-Stadt | GD | 13.5373.02 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Budgetpostulate 2014

a) Erziehungsdepartement, Dienststelle 271 Hochschulen, Transferaufwand

13.5521.01

Erhöhung um Fr. 650'000

Begründung:

Im Rahmen des Leistungsauftrages und Globalbeitrages 2014 bis 2017 für die Universität Basel ist vorgesehen, dass die Universität Basel neu Fr. 4'000'000 selber generieren soll. Damit ist die Universität Basel gezwungen, die Studiengebühren erheblich zu erhöhen. Dies ergab sich auf Druck des Vertragspartners hin und war nicht im Sinne des Kantons Basel-Stadt. Deshalb soll für Studierende des Kantons Basel-Stadt die bisherige Höhe der Studiengebühren beibehalten werden.

Basis der Berechnung sind 2'200 Studierende mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt und eine vorgesehene Studiengebührenerhöhung von Fr. 150 pro Semester.

Nora Bertschi, Urs Müller-Walz

b) Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand

13.5522.01

Erhöhung um Fr. 50'000

Begründung:

Innerhalb der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung ist die Fachstelle Diversität und Integration die Stelle der Koordination für Religionsfragen zu erweitern. Dadurch wird das Budget 2014 (Headcount PD plus 25%) um Fr. 50'000 permanent belastet.

Brigitta Gerber

c) Präsidialdepartement, Dienststelle 321 Gleichstellung von Frauen und Männern

13.5523.01

Erhöhung um Fr. 300'000

Begründung:

Die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern ist permanent aufzustocken, dadurch wird das Budget 2014 (Headcount PD) um Fr. 300'000 erhöht.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist immer noch nicht erreicht und die Abteilung braucht unbedingt zusätzliche Mittel, um ihre Arbeit für die Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin qualitativ gut weiterzuführen sowie den gesetzlichen Grundlagen und dem Verfassungsauftrag nachzukommen.

Brigitta Gerber

Motionen

a) Motion betreffend Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften und Änderung des §133 der Kantonsverfassung

13.5528.01

Die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat ist gemäss Art. 72 der Bundesverfassung Sache der Kantone. Gemäss §126 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt gibt es zurzeit vier öffentlich rechtlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Gemäss §133 der kantonalen Verfassung können privatrechtlich organisierte Kirchen und Religionsgemeinschaften vom Kanton anerkannt und mit besonderen Rechten versehen werden. Die Voraussetzungen dafür sind, dass sie eine gesellschaftliche Bedeutung haben, den Religionsfrieden und die Rechtsordnung respektieren, über eine transparente Finanzverwaltung verfügen sowie den Austritt jederzeit ermöglichen.

Das gegenwärtige Antragsverfahren sieht vor, ein an den Grossen Rat gerichtetes Gesuch um kantonale Anerkennung an den Regierungsrat zu überweisen. Dieser hat sich mit der Eingabe zu befassen und dem Grossen Rat begründet Antrag zu stellen, worauf dieser das Verfahren mit Beschluss abschliesst.

Die Motionäre setzen sich dafür ein, dass, wenn schon Staat und Kirche nicht vollkommen getrennt sind, zumindest das in §133 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vorgesehene Anerkennungsverfahren nicht potentieller politischer Willkür ausgesetzt ist.

Es wird deshalb vorgeschlagen, dass Anerkennungen von privaten Kirchen und Religionsgemeinschaften künftig auf dem Verwaltungsweg geprüft und entschieden werden. Das Anerkennungsverfahren soll deshalb neu mit einer individuell-konkreten Anordnung der Verwaltung enden und keinen Vorgang im politischen Raum mehr darstellen. Das dabei der Verwaltung eingeräumte weite Ermessen soll pflichtgemäss, nach Sinn und Zweck der kantonalen Verfassungsbestimmung, ausgeübt werden. Zudem würde, auch wenn nach wie vor kein Anspruch auf Anerkennung gegeben ist, zumindest die Möglichkeit geschaffen werden, bei einer Abweisung ein Rechtsmittel zu ergreifen.

Damit wäre sichergestellt, dass rechtstaatliche Grundsätze auch bei den Verfahren betreffend die Anerkennung von privaten Religionsgemeinschaften jederzeit eingehalten werden.

§133 Absatz 3 und 4 der Kantonsverfassung würden neu wie folgt lauten:

Kantonale Anerkennung anderer Kirchen und Religionsgemeinschaften

³ Die kantonale Anerkennung erfolgt durch den Regierungsrat

⁴ Mit der Anerkennung werden der Kirche oder Religionsgemeinschaft die verliehenen Rechte und die von ihr zu erfüllenden Auflagen festgelegt.

Otto Schmid, Salome Hofer, Christian von Wartburg, Beatriz Greuter, Tobit Schäfer, Martina Bernasconi, Daniel Stolz, Joël Thüring, Mirjam Ballmer

b) Motion betreffend Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt

13.5529.01

Gewalt in Paarbeziehungen verursache nicht nur grosses Leid, sondern offensichtlich auch hohe Kosten, so war im November in den Zeitungen zu lesen. Eine Studie im Auftrag des Bundes beziffert diese auf mindestens 164 Millionen Franken im Jahr. Dabei handelt es sich aber nur um die tatsächlich getätigten Ausgaben und die Produktivitätsverluste. 164 Millionen Franken entsprechen den Ausgaben einer mittelgrossen Schweizer Stadt! Und viele Kosten - etwa für betroffene Kinder - konnten wegen fehlender Daten gar nicht erst eingerechnet werden. Den grössten Anteil machen laut der Studie mit 49 Millionen Franken die Kosten von Polizei und Justiz aus, gefolgt von den Produktivitätsverlusten in der Höhe von 40 Millionen Franken und den Kosten für Unterstützungsangebote in der Höhe von 37 Millionen Franken. Häusliche Gewalt ist in der Schweiz ein verbreitetes soziales Problem. Mehr als die Hälfte der Tötungsdelikte entfällt auf diesen Bereich. Im Durchschnitt wird alle zwei Wochen eine Person getötet, zwei von drei Opfern sind Frauen. Häusliche Gewalt liegt dann vor, wenn eine Person in einer bestehenden oder einer aufgelösten familiären oder partnerschaftlichen Beziehung in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität verletzt oder gefährdet wird durch Ausübung und/oder Androhung von Gewalt, durch mehrmaliges Belästigen (Stalking), Auflauern oder Nachstellen.

Der Kanton Basel-Stadt betreibt seit 2003 eine Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt. Sie hat im vergangenen Jahr ein erstes Monitoring publiziert. Hier werden diverse Fragen aufgeworfen: Zusammenarbeit der involvierten Abteilungen mit der Interventionsstelle, Verankerung der Präventionsarbeit; Transparenz der Staatsanwaltschaft bezüglich Einstellungen der Strafverfahren: 2011 wurden 80% der Strafverfahren, die unter häuslicher Gewalt registriert wurden, eingestellt, was bedeutet, dass der Angeklagte straffrei blieb. Dies ist umso erstaunlicher, da ja in Fällen häuslicher Gewalt die Täterschaft in aller Regel bekannt ist, was ein Vergleich mit den Einstellungszahlen bei Diebstählen oder Einbrüchen ausschliesst, wo die Täterschaft meist unbekannt ist. Die Verfahrenseinstellungen im Jahr 2011 beruhten in weniger als der Hälfte der Fälle auf Anträgen des Opfers (Sistierungsantrag gem. StGB 55a).

Bei der Mehrheit der Fälle ist somit der Einstellungsgrund nicht ausgewiesen.

Die Situation soll insbesondere mit einer klaren Gesetzesgrundlage, die alle Massnahmen und Normen zu häuslicher Gewalt bündelt, verbessert werden. Dadurch können einerseits die Abläufe gestrafft werden, so dass unter anderem auch Kosten reduziert werden können, und das Leid in den Familien gezielter und koordinierter reduziert werden kann. Deshalb wird die Regierung von den Motionärinnen und Motionären gebeten, eine gesetzliche Grundlage, die hinsichtlich Zweck und Ausrichtung sowie Umsetzung dem Gewaltschutzgesetz (GSG) des Kantons Zürichs (2006) anlehnt, auszuarbeiten und dem Grossen Rat vorzulegen.

- Das Gesetz soll einerseits Schutz, Sicherheit und Unterstützung für Personen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, garantieren und regeln. Zudem soll das Gesetz sicherstellen, dass der Kanton eine Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt führt, die das Querschnittsthema im Auge behält und die die interdepartementale und interdisziplinäre Zusammenarbeit organisiert und fördert. Der Kanton soll vorbeugende Massnahmen zur Verminderung von häuslicher Gewalt sowie die Zusammenarbeit der damit befassten Stellen regeln und fördern. Dies insbesondere auch im Bereich abhängiger Kinder und Jugendlicher.
- Die kantonale Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt gewährleistet, steuert, koordiniert und überprüft die Zusammenarbeit der mit häuslicher Gewalt befassten Behörden und Beratungsstellen. Die Interventionsstelle ist als Expertin (oder als spezialisierte Fachstelle) für häusliche Gewalt im Kanton Basel-Stadt für alle Regelungen in diesem Bereich Vernehmlassungspartnerin. Das zuständige Departement setzt eine interdepartementale fachübergreifende Arbeitsgruppe ein, welche die Arbeit der Interventionsstelle unterstützt und begleitet. Diese könnte im Gewaltschutzgesetz formuliert werden.
- Der Kanton sorgt für die fachliche Aus- und Weiterbildung der mit häuslicher Gewalt befassten Behörden und Beratungsstellen. Er fördert die regelmässige Information der Bevölkerung zu Fragen der häuslichen Gewalt. Er unterstützt die Tätigkeit entsprechender Organisationen, insbesondere für vorbeugende Massnahmen zur Verminderung der Gewalt.

Brigitta Gerber, Ursula Metzger, Leonhard Burckhardt, Martina Bernasconi, Mustafa Atici, Annemarie Pfeifer, Dominique König-Lüdin, Peter Bochler, Urs Schweizer, Beatriz Greuter, Heidi Mück, Anita Lachenmeier-Thüring, Pascal Pfister, Helen Schai-Zigerlig, Andrea Bollinger, Urs Müller-Walz, Franziska Reinhard, Emmanuel Ullmann, Brigitte Heilbronner, Kerstin Wenk, Rolf von Aarburg, Sibylle Benz Hübner, Eduard Rutschmann, Daniel Stolz, Andreas Zappalà, Nora Bertschi, Christian von Wartburg, Stephan Luethi-Brüderlin, Toya Krummenacher, Franziska Roth-Bräm

Anzüge

a) Anzug betreffend Öffnung des Steges unter der neuen Eisenbahnbrücke für Velofahrende

13.5505.01

Der im Zusammenhang mit dem Neubau der zweiten Eisenbahnüberquerung über den Rhein erstellte Steg wird heute nur als FussgängerInnenverbindung genutzt. Dabei stellt die Verbindung zwischen Kleinbasel und dem Gebiet des Birskopfes gleichzeitig eine Gelegenheit dar, den Velofahrenden eine sichere Fahrt zwischen den beiden Ufern zu ermöglichen. Das bis jetzt bestehende Angebot längs der Autobahnbrücke ist mit vielerlei Unsicherheiten behaftet.

Das Gebot auf dem Steg muss heissen: Koexistenz zwischen den beiden Nutzenden. FussgängerInnen und Velofahrende müssen aufeinander Rücksicht nehmen. Dem Umstand, dass der relativ geringen Stegbreite wegen keine ideale Trennung zwischen Velo- und Fussbereich möglich ist, könnte durch eine spezielle Beschilderung an beiden Brückenköpfen, verbunden mit einer geeigneten Markierung, begegnet werden. Dass die gemeinsame Nutzung möglich ist, zeigt unter anderen Beispielen die Öffnung des Badwegleins beim Gartenbad Bachgraben, das seit zwei Jahren von "Fuss- und Velovolk" in Koexistenz, das heisst in gegenseitiger Rücksichtnahme, benützt wird.

Ich bitte den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob er den Steg zur gemeinsamen Benützung durch Velo und Fussverkehr, unter dem oben aufgeführten Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme, freigeben kann.

Stephan Luethi-Brüderlin, Dominique König-Lüdin, Jörg Vitelli

b) Anzug betreffend GeneralistInnen für die Primarschule

13.5515.01

Seit kurzem beenden StudentInnen ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule (PH) der FHNW, die die neueren "Bologna-tauglichen"-Lehrgänge besucht haben. Diese Lehrgänge sehen vor allem in der Ausbildung zur "Lehrperson Primarschule 1. - 6. Schuljahr" vor, dass eine gewisse Spezialisierung stattfindet. Dies bedeutet, dass die PH-AbsolventInnen am Ende ihres Bachelor-Studiums nicht mehr alle Fachbereiche unterrichten können, die an der Primarschule gefordert sind. Dass sich die Studierenden zwischen Englisch und Französisch entscheiden müssen, ist einleuchtend. Die Verpflichtung, während der Ausbildung aus dem Angebotsblock "Bildnerisches Gestalten/Werken", "Singen & Musik" und "Turnen und Sport" einen Fachbereich abzuwählen, zielt aber klar an den beruflichen Realitäten und Erfordernissen vorbei. Sie widerspricht zudem auch den Bestrebungen nach möglichst

kleinen Lehrpersonenteams für die einzelnen Klassen und damit möglichst wenigen Bezugspersonen für die SchülerInnen.

Zwar bietet die PH ergänzende Studienmodule in den oben genannten Bereichen an, doch sind diese bisher als berufsbegleitende Ergänzungen nach der 3-jährigen Ausbildung ausgelegt. Insbesondere im "Turnen & Sport" können diese Zusatzmodule oft nur so angeboten werden, dass Interessierte diese nur unter in Kaufnahme von unbezahlten Beurlaubungen und Stellvertretungseinsatz belegen können.

Viele StudentInnen könnten aber aufgrund des heutigen "Studiendesigns" im 5. und 6. Semester durchaus Zusatzmodule belegen und es zeigen sich auch erste zaghafte Angebotsversuche der PH in diese Richtung.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- Wie die Ausbildung der Primarlehrpersonen ausgestaltet werden kann, dass auch künftig ein Einsatz als GeneralistIn möglich ist, ohne dass Nachstudien nötig sind, die die JunglehrerInnen über Gebühr belasten.
- Wie die PH die Auslegung und Finanzierung von allenfalls nötigen Ergänzungsstudien so regeln kann, dass Ausbildungswillige motiviert sind, diese im Sinne einer praxistauglichen GeneralistInnen-Ausbildung zu absolvieren.

Ein Vorstoss mit den gleichen Anliegen wurde auch im Landrat des Kantons BL eingereicht.

Heidi Mück, Thomas Grossenbacher, Anita Lachenmeier-Thüring, Urs Müller-Walz, Eveline Rommerskirchen, Daniel Goepfert, Kerstin Wenk, Martina Bernasconi, Urs Schweizer, Atila Toptas, Helen Schai-Zigerlig, Annemarie Pfeifer, Sibylle Benz Hübner

c) Anzug betreffend Recycling von Getränkekartons

13.5526.01

"Getränkekartons stofflich zu verwerten statt zu verbrennen, schont Rohstoffe und reduziert den CO₂-Ausstoss. Dabei kostet das Getränkekarton-Recycling nicht mehr als bestehende Sammelsysteme. Dies zeigt die Ökoeffizienz-Analyse der Carbotech AG." Soweit ein Zitat von www.getraenkekarton.ch.

Der Anzugsteller wundert sich schon lange, dass Getränkekartons nicht rezykliert werden und stellt nun erfreut fest, dass eine Wiederverwertung nicht nur möglich, sondern offenbar auch unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Der Anzugsteller bittet die Regierung zu prüfen und zu berichten:

1. Ob das Recycling von Getränkekartons auch in Basel eingeführt werden könnte.
2. Wie dabei ein Optimum zwischen Kundennutzen (möglichst viele gut erreichbare Sammelstellen) und Kosten gefunden werden kann.

Patrick Hafner, Urs Müller-Walz, Emmanuel Ullmann, Lukas Engelberger, Tobit Schäfer, Elias Schäfer

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 112 betreffend Verschärfung der Unterschriftensammlung für die Grossrats-Wahlen vom 30. Oktober 2016

13.5519.01

Immer weniger Bürger interessieren sich für Politik. Den Parteien laufen die Mitglieder davon. Politiker, die sich für das Gemeinwohl interessieren, wie Eric Weber, und aktiv sind, werden von der Staatsanwaltschaft verfolgt.

In der Schweiz wurde die freie Unterschriftensammlung immer als "Seele der Direkten Demokratie" verstanden. Dahinter steht die Erfahrung, dass das Gespräch für eine erfolgreiche Sammlung unverzichtbar ist.

Schon bei der Grossrats-Wahl 1988 warf die Stawa Eric Weber gemeinst vor, dass die Unterschriften gefälscht seien. Eine gemeine Verleumdung. Denn keine einzige Unterschrift war gefälscht. Man konnte Eric Weber an seiner erfolgreichen Wiederwahl nicht verhindern. Aber es gab dann vereinzelt Wähler, die durch Suggestiv-Fragen geplagt, sich nicht mehr erinnern konnten, für was sie einmal unterschrieben haben. Und schon wurde Eric Weber verurteilt. So geht es natürlich nicht.

Daher sollte es so sein, dass aller Art von Unterschriften, wie auch in Deutschland, nur auf den Ämtern unterzeichnet werden dürfen. Denn so kann die Staatsanwaltschaft nichts mehr erfinden und den Wählern einfach Worte gegen Eric Weber in den Mund legen. In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Parteien, die im aktuellen Grossen Rat vertreten sind, so auch die Volks-Aktion, können diese Parteien bitte für die Grossrats-Wahl von 2016 von der Unterschriftensammlung befreit werden?
2. Wäre es nicht sinnvoll, wenn Unterschriften, hier konkret die Unterstützungs-Unterschriften für Grossrats- und Regierungsrats-Wahlen, nur noch direkt auf der Amtsstube (also im Wahlbüro) geleistet werden können. Ich meine, dass nur noch auf dem Wahlbüro unterschrieben werden darf? Nicht dass es dann, wie schon 1988, heisst, die Leute hätten nicht gewusst, für was sie unterschrieben haben.

Eric Weber

b) Interpellation Nr. 113 betreffend Kontrolltätigkeit bezüglich der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten der berufsmässigen Motorfahrzeugführerinnen und -führer

13.5518.01

Seit Anfang 2011 ist die erhöhte durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführerinnen und -führer (ARV1; SR 822.221) in Kraft. Die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit wurde von 46 auf 48 Stunden erhöht, mit dem Ziel, die ARV1 mit der Regelung der EU zu harmonisieren. Der Passus jedoch, wonach in erster Linie die Chauffeuse / der Chauffeur bei einem Verstoss hafte, wurde nicht ans EU-Recht angepasst. In der EU haftet bei Verstössen zuerst der Arbeitgeber.

Seitens der Gewerkschaften wurde die selektive Übernahme des EU-Rechtes kritisiert, denn die Veränderungen gehen einseitig zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der Praxis vor 2011 wurde die ARV1 vorwiegend bei den Chauffeuren und nicht bei den Arbeitgebern und Vorgesetzten der Chauffeure kontrolliert. Deshalb forderten die Gewerkschaften, dass nicht nur die Chauffeuren und Chauffeure, das schwächste Glied in der Kette, bestraft werden, sondern auch die von Widerhandlungen profitierenden Transportunternehmungen.

Der Bundesrat lehnte jedoch eine Verschärfung der Strafbestimmungen ab und vertritt die Meinung, dass zuerst die Möglichkeiten des geltenden Rechtes ausgeschöpft werden sollten. In einem Schreiben vom 7. Juli 2010 an die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen (KKJPD) forderte der Bundesrat daher die Kantone auf, gemäss Art. 20 Abs. 2 Strassenverkehrskontroll-Verordnung (SR 741.013) Kontrollen der Arbeits- und Ruhezeiten sowohl auf der Strasse als auch in den Betrieben vorzunehmen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Transportbetriebe bzw. Zweigniederlassungen bestehen im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie viele Motorfahrzeuge, deren gewerbsmässige Lenkung unter die ARV 1 fällt, sind im Kanton Basel-Stadt immatrikuliert?
3. Wie viele Kontrollen der ARV1 wurden 2011 und 2012 im Rahmen von Strassenkontrollen im Kanton gemacht?
4. Wie viele Betriebskontrollen wurden 2011 und 2012 im Kanton Basel-Stadt gemacht?
5. Wie viele Widerhandlungen wurden in diesem Zeitraum festgestellt? Wie viele Chauffeuren / Chauffeure und wie viele Arbeitgeber bzw. Vorgesetzte wurden bestraft?
6. Welches waren die häufigsten Widerhandlungen (Kontrollgegenstände gemäss Art. 22 Abs. 6 Strassenverkehrskontrollverordnung)?
7. Gibt es eine Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) und dem Kanton Basel-Stadt über die Kontrolltätigkeit? Wenn ja, wie lautet diese?
8. Wurde 2011 bzw. 2012 die Kontrolltätigkeit des Kantons dem ASTRA gemeldet?

Toya Krummenacher

c) Interpellation Nr. 114 betreffend radioaktives Wasser aus havarierten AKW

13.5520.01

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) berichten in der neuesten Ausgabe ihrer Fachzeitschrift Oekoskop über falsche Zahlen im aktuellsten Bericht des Eidgenössischen Nuklarsicherheitsinspektorats (Ensi) zu radioaktivem Wasser aus havarierten Atomkraftwerken (AKW). (Ensi: Radiologische Schadstoffausbreitung in Fließgewässern – mögliche Auswirkungen auf den Notfallschutz. ENSI-AN-8091, Brugg, 11.10.2013.)

Was ist der Hintergrund? Im japanischen Fukushima gelangen seit über zwei Jahren täglich mehrere hundert Tonnen radioaktives Wasser aus den havarierten Reaktoren ins Meer. Bei einem entsprechenden Unfall in einem Schweizer Atomkraftwerk (AKW) würde das radioaktive Wasser in die Aare bzw. in den Rhein gelangen. So kommt es auch nach Basel. Die AefU berichten nun, dass das Ensi in seinem Bericht vom Oktober 2013 nicht nur von überholten Annahmen ausgeht (nur wenige Tage lang Austritt von radioaktivem Wasser kurz nach dem Unfall in Fukushima), sondern auch, dass

- a) das Ensi falsche Zahlen über die Basler Rheinwassernutzung zur Trinkwassergewinnung verwendet: Die Schweizer Atomaufsicht schreibt, die Basler Trinkwasserwerke 'Muttenser Hard' und 'Lange Erlen' würden täglich 75'000 Kubikmeter Rheinwasser entnehmen. Tatsächlich aber sind es rund 145'000 Kubikmeter, wie die Industriellen Werke Basel (IWB) gegenüber den AefU bestätigt haben.
- b) das Ensi die Risiken bei der Hardwasser AG nicht kennt: Laut Ensi könnten die beiden Basler Wasserwerke auch ohne Nachschub aus dem Rhein die Bevölkerung in und um Basel 175 Tage (25 Wochen) lang mit der Notwassermenge von 15 Litern Trinkwasser pro Tag und Person versorgen. Was das Ensi offensichtlich nicht weiss: In der Muttenser Hard lässt man das Rheinwasser nicht nur zur Trinkwassergewinnung versickern. Es ist auch eine zwingende Massnahme, um die Wasserströme im Untergrund so zu beeinflussen, dass möglichst kein verschmutztes Grundwasser von den benachbarten Chemiemülldeponien der BASF, der Novartis und der Syngenta in die Trinkwasserbrunnen gelangt. Ohne Versickerung von Rheinwasser kann das schon nach ein bis zwei Wochen passieren. Nach 175 Tagen hätte das belastete Grundwasser die

Trinkwasserfassungen für über 230'000 Menschen längst verschmutzt und wahrscheinlich sogar zerstört, so die AefU (vgl. www.aefu.ch/aktuell/#c22291, 9.12.2013)

Ich bitte deshalb den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Stimmt es, dass die Zahlen der Rheinwassernutzung zur Trinkwassergewinnung, die das Ensi für Basel verwendet, falsch sind?
2. Hat sich das Ensi oder eine andere Behörde des Bundes bzw. im Auftrag des Bundes in Basel-Stadt über den Zusammenhang "radioaktives Wasser/Basler Rheinwassernutzung/Basler Trinkwasserversorgung" informiert? Wer und wann?
3. Verfügen die zuständigen Behörden der Stadt über Informationen, wie sie sich verhalten müssten, wenn radioaktives Wasser aus einem der Schweizer AKW in die Aare bzw. in den Rhein gelangen würde? Seit wann und vom wem?
4. Wie müsste Basel-Stadt reagieren?
5. Was würde mit der Trinkwasserversorgung geschehen, wenn – wie in Fukushima – mehr als zwei Jahre lang immer wieder radioaktives Wasser aus einem Schweizer AKW in die Aare bzw. in den Rhein gelangen würde? Wurde dieser Fall untersucht? Wenn ja, vom wem?
6. Was würde geschehen, wenn diese Trinkwasser-Infrastruktur über eine solche lange Zeit nicht genutzt werden könnte?
7. Stimmt es, dass nach 175 Tagen ohne Rheinwasser das von den Chemiemülldeponien verunreinigte Grundwasser in die Trinkwasserfassungen der Hardwasser AG fliessen würde und diese verschmutzt bzw. sogar zerstört würden?
8. Bei der geplanten Teilsanierung der Chemiemülldeponie Feldreben wollen BASF, Novartis, Syngenta und der Kanton Basel-Landschaft 80% des giftigen Chemiemülls im Boden belassen. Kann die Regierung nach einer solchen Teilsanierung garantieren, dass auch während z.B. 175 Tagen ohne Rheinwasserversickerung kein vom verbliebenen Chemiemüll verschmutztes Grundwasser zu den Trinkwasserbrunnen der Hardwasser AG fliesst?
9. Wenn ja: Worauf stützt sich die Regierung dabei?
10. Wenn nein: Warum verlangt die Regierung unter Berufung auf die Altlastenverordnung nicht umfassende Aufräumarbeiten, um das Trinkwasser bzw. die Bevölkerung wirklich zu schützen?

Mirjam Ballmer

d) Interpellation Nr. 115 betreffend Steuerabzüge im stabilen Konkubinat

13.5530.01

Bei verheirateten, zusammenlebenden Menschen werden normalerweise die Einkommen der Partnerpersonen zur Berechnung der Steuerpflichten zusammengerechnet. Im Konkubinat lebende Personen werden dagegen getrennt besteuert Sie sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den gemeinsamen Haushalt mitzutragen. Darüber hinausgehende Unterstützungspflichten gibt es dann, wenn das Konkubinat als stabil gilt. Dies ist stets dann der Fall, wenn im Haushalt gemeinsame Kinder leben. Dies gilt weiter gemäss F.5.1 der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, wenn das Konkubinat mindestens 2 Jahre gedauert hat. Gemäss Gesetz über die Harmonisierung und Koordination der bedarfsabhängigen Sozialleistungen des Kantons Basel-Stadt gilt eine Lebensgemeinschaft dann als faktisch gefestigt, wenn der gemeinsame Haushalt mindestens 5 Jahre gedauert hat. Auch dann wird mit Unterstützungspflichten der Partnerperson gerechnet.

Steuerverfügungen zeigen leider, dass die konkubinatsinternen, rechtlich verbindlichen Unterstützungspflichten von den steuerbaren Einkommen nicht in Abzug gebracht werden können, auch wenn sie über die Abgeltung der häuslichen Dienstleistungen hinausgehen. Dies führt vor allem dann zu Härten, wenn das Einkommen der zu steuernden Person nicht wesentlich oberhalb von deren Lebensbedarf liegt.

Im Hinblick auf solche Härtesituationen möchte ich folgende Fragen stellen:

1. Sollte nicht jede verbindliche familiäre Unterstützungspflicht zu den entsprechenden Steuerabzügen führen?
2. Sollte dies nicht ebenso gelten, wenn bei der Berechnung von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Mietzinsbeihilfen, Krankenkassen-Prämienbeiträgen usw. Unterstützungsleistungen der Partnerpersonen verlangt und mitgerechnet werden?
3. Muss dies nicht zur Folge haben, dass die unterstützungspflichtige Person in einem stabilen Konkubinat ihre Hilfeleistungen von ihrem steuerbaren Einkommen in Abzug bringen kann?

Jürg Meyer

e) Interpellation Nr. 116 betreffend Sperrung Veloweg entlang Riehenstrasse

14.5007.01

In den kommenden Monaten werden die Fahrbahn und die Geleise der Äuss. Baselstrasse im Abschnitt Eglisee bis Bettingerstrasse in Riehen umfassend saniert. Damit verbunden sind auch Einschränkungen im Strassen- und Schienenverkehr.

So wird gemäss Bericht der Riehener Zeitung vom 13. Dezember 2013 ab Mitte Januar bis Ende 2014 der kantonale Veloweg entlang der Tramlinie 6 zwischen Eglisee und Spittelmattweg nicht passierbar sein. Der Trambetrieb von und nach Riehen wird teilweise im Einspurverkehr geführt. Das Hirzbrunnenquartier wird untertags von der Linie 2 nicht bedient.

In diesem Zusammenhang stellen sich für die Unterzeichnete folgende Fragen, um deren Beantwortung sie die Regierung bittet:

1. Welche Einschränkungen des Tram-, Velo- und Autoverkehrs werden die anstehenden Baumassnahmen an der Äuss. Baselstrasse zwischen Eglisee und Riehen Bettingerstrasse insgesamt zur Folge haben?
2. Wie kann erreicht werden, dass der Betrieb der Tramlinien 6 und 2 trotz den Sanierungsmassnahmen während der ganzen Bauzeit aufrecht-, resp. der Fahrplan eingehalten werden kann?
3. Was ist vorgesehen, damit die Velowegverbindungen entlang der Tramlinie, die innerhalb Riehen auch ein wichtiger Schulweg ist, während der gesamten Bauzeit (auch für die nächsten Etappen) gefahrlos befahren werden kann?
4. Die Veloverbindung entlang der Äuss. Baselstrasse ist Teil des kantonalen, grenzüberschreitenden Velowegs zwischen Basel, Riehen und Lörrach. Eine ersatzlose Sperrung dieser Verbindung, wie sie während den Bauarbeiten bei der Tramschlaufe Eglisee vorgesehen, ist nicht hinnehmbar. Welche ortsnahe Ausweichmöglichkeit sieht der Regierungsrat vor (z.B. Benutzung des Mergelwegs entlang der Äuss. Baselstrasse oder Abtrennung eines Fahrstreifens auf der Riehenstrasse zugunsten eines Radweges)?
5. Wie weit ist die Prüfung des Anliegens von S. Hofer (Anzug betr. Ausbau der Veloroute Riehen- Basel auf Stadtgebiet, Nr. 10.5107.02) gediehen, mit dem die Schaffung einer zusätzlichen Veloverbindungen zwischen Riehen und Basel entlang des Bahndamms gefordert wird?

Franziska Roth

f) Interpellation Nr. 117 betreffend Veloroutenblockade Eglisee

14.5008.01

Wegen der Sanierung der Tramschlaufe Eglisee soll die beliebte Veloroute entlang der Riehenstrasse/ äussere Baslerstrasse für ein ganzes Jahr gesperrt werden. Für viele Pendlerinnen und Pendler, jedoch auch für viele SchülerInnen und StudentInnen und für den Freizeitverkehr ist dies die schnellste und sicherste Veloroute. Umwege durch die Langen Erlen oder auf der Bäumlhofstrasse sind weniger sicher, insbesondere in der dunklen Jahreszeit, und bedeuten für viele erhebliche Umwege. Das umweltfreundlichste Verkehrsmittel wird somit geschwächt anstatt gefördert. Das ist nicht nur ein falsches Signal, sondern widerspricht auch der Verfassung und hat direkte Auswirkungen auf das Verkehrsverhalten.

Für Autofahrende fallen Umwege weniger ins Gewicht. Auch die Sicherheit ist bei Autofahrenden auf den bestehenden Autorouten kein Thema. Da nach der Eröffnung der Zollfreistrasse der Autoverkehr auf der äusseren Baslerstrasse/Riehenstrasse laut Prognosen massiv abgenommen haben sollte, könnte man diese einseitig zwischen Eglisee und Raucher sperren und die Autos in die Bäumlhofstrasse leiten. So wäre während der Umbauzeit eine Autofahrspur (vorzugsweise die Tramtrasse-nahe Spur) als Velospur nutzbar. Wegen dem problematischen Abbieger bei der Verzweigung Bäumlhof-Baslerstrasse in Riehen, wäre es wahrscheinlich sinnvoll, den Autoverkehr von Riehen Richtung Stadt auf der Riehenstrasse weiterzuführen und die Autofahrenden stadtauswärts auf die Bäumlhofstrasse zu lenken.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieso wurde nicht eine Lösung mit Umleitung des MIV ins Auge gefasst?
2. Wurde die Sperrung einer Fahrspur für den Autoverkehr geprüft?
3. Wenn nein, ist er bereit, dies nachzuholen?
4. Wie gedenkt die Regierung den Gegenvorschlag der Städteinitiative umzusetzen, wenn wichtige Velorouten bei Umbauten gesperrt werden, Autos jedoch weiterhin freie Fahrt in die Stadt haben?
5. Wie gross ist der Entlastungseffekt den die Eröffnung der Zollfreistrasse für die Riehenstrasse und Riehen als ganzes gebracht hat?
6. Umfahren wie versprochen sämtliche LKW's via Zollfreistrasse, Zoll Freiburgerstrasse den Riehener Dorfkern?
7. Wenn nicht, mit welchen Mitteln wirkt der Kanton darauf hin, dass diese Verlagerung erfolgt?
8. Wurde die Einführung einer Dosierungsampel in der Region Grenzübergang geprüft?

Anita Lachenmeier-Thüring

g) Interpellation Nr. 118 betreffend Schulkreisleitungen

14.5009.01

Seit der Einführung der teilautonomen Schulen wird jeder Schulstandort von einer Schulleitung vor Ort geführt. Diese ist verantwortlich für den Schulbetrieb, die Personalführung und die Schulentwicklung.

Per Schuljahr 2012/13 wurden die Volksschulen in Schulkreise eingeteilt und es wurden Schulkreisleitungen eingesetzt. Die Schulkreisleitungen sind für die Führung der obligatorischen Schulen und das Controlling der einzelnen Standorte und Schulleitungen verantwortlich. Sie sind den Schulleitungen vorgesetzt und bilden somit zwischen der Leitung Volksschule und den Schulleitungen eine neue, dritte Hierarchiestufe. Dies sorgt für unklare Zuständigkeiten und damit für Unsicherheit und Unmut bei den Schulleitungen und den Lehrpersonen.

Angesichts der in breiten Kreisen wiederholt geäusserten Kritik an der Aufblähung der Verwaltungs- und Leitungsstrukturen des Erziehungsdepartementes ist es besonders stossend, dass eine zusätzliche Hierarchiestufe in der Bildungsverwaltung geschaffen wurde. Welche Aufgaben die Schulkreisleitungen übernehmen ist nicht klar ersichtlich, der Sinn und Zweck dieser Funktion kann gemäss den bisherigen Erfahrungen durchaus angezweifelt werden.

Vor diesem Hintergrund bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurden Schulkreisleitungen für die teilautonomen Schulen eingesetzt?
2. Gibt es pädagogische Gründe für die Schaffung von Schulkreisleitungen, oder sind es rein beschäftigungsrelevante Gründe?
3. Was ist die genaue Aufgabe der Schulkreisleitungen? Welche dieser Aufgaben können nicht auch von den Schulleitungen ausgeführt werden?
4. Wer beaufsichtigt die Schulkreisleitungen?
5. Welche finanziellen Ressourcen stehen für die Schulkreisleitungen zur Verfügung? (Löhne, Infrastruktur, Sekretariatsstellen etc.)
6. Welchen Effekt hätte die Aufhebung der Schulkreisleitungen und die Verschiebung der entsprechenden Ressourcen an die Schulleitungen?

Heidi Mück

h) Interpellation Nr. 119 betreffend Zwischennutzung Klybeckquai

14.5010.01

Mit dem "Projektaufruf! Zwischennutzung Klybeckquai" starteten die Schweizerischen Rheinhäfen gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt im Dezember 2011 die Ausschreibung für die Zwischennutzung des Klybeckquais. Durch die Zwischennutzungen von Teilparzellen sollte der Klybeckquai ab Sommer 2012 aktiv belebt werden und damit als neuer Freiraum für Stadt und Quartier erschlossen sowie vom Hafenareal hinzu neuen Nutzungen transformiert werden.

Die Resonanz auf den Projektaufruf war gross. 60 Projekte wurden eingegeben, aus welchen im Juni 2012 sieben für die Umsetzung ausgewählt wurden. Diese Umsetzung verzögerte sich allerdings massiv. 2012 wurde gerade ein Projekt realisiert. 2013 waren es dann insgesamt deren vier, wobei sich einzelne Projekte aufgrund immer neuer Hürden bei der Umsetzung, der allgemeinen Verzögerung und des sich dadurch verkleinernden Nutzungshorizontes ganz zurückzogen.

Mit dem Wagenplatz eigneten sich andererseits Nutzer die Parzelle Migrol ohne Bewilligung an. Sie werden gemäss Mitteilung des Regierungsrates geduldet bis eine legale Zwischennutzung für dieses Areal ansteht.

Die Parzelle Migrol wurde in der Ausschreibung 2011 explizit ausgenommen:

"Die Parzelle Migrol ist ab 2013 verfügbar und ist nicht Bestandteil des Projektaufrufs. Die besondere Ausgangslage, die Grösse der Parzelle und der längere Zeithorizont erfordern eine gesonderte Vorbereitung. Die Parzelle wird noch im Jahr 2012 in einem nächsten Verfahren öffentlich ausgeschrieben."
(Projektaufruf! Zwischennutzung Klybeckquai (2011), Abschn. 2.4)

Eine öffentliche Ausschreibung der Nutzung der Parzelle Migrol ist bis heute nicht erfolgt. Dem Vernehmen nach läuft aber zur Zeit ein Vergabeverfahren für die Zwischennutzung dieser Parzelle. Dieses Verfahren ist nicht öffentlich und die zur Projekteingabe aufgeforderten Parteien wurden angehalten, ihre Informationen vertraulich zu behandeln.

Da die kommende Freiluft-Saison naht, die Nutzung der Parzelle Migrol für die bestehenden Zwischennutzungen und allgemein die weitere Entwicklung am Klybeckquai von Bedeutung ist, und schon aufgrund der zahlreichen Teilnehmer beim ersten Projektaufruf ein öffentliches Interesse besteht, unterbreitet der Interpellant hiermit dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Läuft für die Zwischennutzung der Parzelle Migrol am Klybeckquai zur Zeit ein Vergabeverfahren?
2. Wenn ja, wieso wurde entgegen der ursprünglichen Ankündigung kein öffentliche Ausschreibung vorgenommen?

3. Wenn ja, was ist der Inhalt des Vergabeverfahrens und wie sieht der Zeitplan für die Realisierung einer legalen Zwischennutzung auf der Parzelle Migrol aus?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich zu Zwischennutzungen am Klybeckquai, die im Sinne der langfristigen Transformation der heutigen Industriezone in ein Wohn- und Arbeitsgebiet auch Wohnnutzungen beinhalten würden und was wären die absehbaren Konsequenzen einer solchen temporären Wohnnutzung für die übrigen Zwischennutzungsprojekte?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat insgesamt die bisherige Entwicklung der Zwischennutzungen am Klybeckquai?
6. Welche Lehren wurden aus der bisherigen, von verschiedenen Seiten kritisierten Projektorganisation für die Vergabe und Realisierung von Zwischennutzungen am Klybeckquai gezogen?

Elias Schäfer

i) Interpellation Nr. 120 betreffend Ruhegehälter vor dem Hintergrund kritisierte VR Honorare

14.5011.01

Am 3. März 2013 haben über zwei Drittel der Stimmbevölkerung und alle Stände die Volksinitiative gegen die Abzockerei (Minder-Initiative) wuchtig angenommen. In Basel lag die Zustimmung bei gut 67%. Die Initiative verbietet Abgangsentschädigungen für das Management von kotierten Schweizer Aktiengesellschaften im In- und Ausland.

Auch der Kanton Basel-Stadt kennt Abgangsentschädigungen in der Form der Ruhegehälter. Gemäss §24a des Lohngesetzes haben Magistratspersonen, die aus dem Amt scheidend, einen Anspruch auf ein Ruhegehalt (bis zum AHV-Alter, worauf das Ruhegehalt durch die Rente abgelöst wird). Magistratspersonen sind die vom Volk gewählten Mitglieder des Regierungsrates sowie die hauptamtlichen Gerichtspräsidentinnen und -Präsidenten und die Beauftragten für das Beschwerdewesen (Ombudsman).

Das Ausrichten solcher goldenen Fallschirme kann zu stattlichen Ausgaben für den Steuerzahler anwachsen, insbesondere dann, wenn der scheidende Regierungsrat oder Gerichtspräsident noch verhältnismässig jung ist. So kann ein Ruhegehalt, welches über mehr als 10 Jahre ausgerichtet wird, mehrere Millionen Steuerfranken kosten. In Basel-Stadt können scheidende Magistratspersonen zusätzlich eine erhöhte Austrittsleistung erhalten, was wiederum mehrere hunderttausend Franken pro Magistratsperson kosten kann (§47 Pensionskassengesetz).

Auch wenn das Gesetz gewisse Einschränkungen vorsieht, ist eine solch hohe Abgangsentschädigung nach der Abstimmung über die Minder-Initiative mehr als fragwürdig. Bereits in früheren Jahren wurde die entsprechenden Zahlungen an Alt Bundesrätin Ruth Metzler scharf kritisiert. Hinzu kommt die nun aktuelle Diskussion um Bezüge von Verwaltungsratshonoraren durch Regierungsräte. Relativ breit wurde in der Parteienlandschaft Kritik laut, dass Regierungsmitglieder Zusatzeinkünfte qua Amt persönlich einstreichen (CHF 20'000 plus 5%). Die Ruhegehälter bedeuten hierzu noch eine Steigerung: Es ist eine jahrelange Zahlung qua Amt ohne jegliche produktive Gegenleistung. Diese Zahlung geht nota bene nicht an wenig qualifizierte Menschen in prekären finanziellen Situationen, sondern an gut situierte Top-Qualifizierte.

Am 14. März 2013 hat Grossrat Emmanuel Ullmann eine Interpellation zu den Ruhegehältern eingereicht. Die Regierung ist in seiner Antwort vom 26. März 2013 einer wesentlichen Frage ausgewichen: Ob sie bereit ist, eine Anpassung der Ruhegehälterregelung vorzunehmen oder warum nicht? Insbesondere in Bezug auf die Diskussion der Verwaltungsratshonorare für Regierungsmitglieder möchte der Interpellant nun Klarheit über die Haltung der Regierung zu den Ruhegehältern. Ich erlaube mir darum der Regierung folgende Fragen zu stellen:

1. Findet es der Regierungsrat angesichts des klaren Votums der Minderinitiative und angesichts der Diskussionen um Bezüge von Verwaltungsratshonoraren qua Amt weiterhin richtig, dass zum Teil lange Jahre Ruhegehälter und Pensionskassenleistungen an Magistratspersonen in möglicherweise Millionenhöhe ohne jegliche Gegenleistung ausbezahlt werden?
2. Wenn Frage 1 mit Ja beantwortet wurde: Warum sollen die Zahlungen künftig weiter geführt werden, warum sollen sie notwendig sein? Wo liegt der Unterschied von einer "Abgangsentschädigung" einer Magistratsperson im Vergleich von einer Kaderperson in der Wirtschaft? Wenn Nein: Was ist die Regierung gewillt dagegen zu unternehmen?
3. Die Interpellation Ullmann bringt ein erstes Licht auf die Dimensionen der Zahlungen. Die Gesamtbeträge sind aber unklar. Der Regierungsrat möchte darum bitte für alle Fälle der letzten zehn Jahre, in denen Ruhegehälter und Pensionskassenleistungen nach Ausscheiden aus dem Amt bezahlt wurden, pro Begünstigte/-n die total gesamthaft zugewendeten geldwerten Leistungen (Ruhegehalt plus PK-Leistungen) mit der Dauer der Zahlungen auflisten, selbstverständlich ohne Namen der begünstigten Personen. Bei Personen, die aktuell noch solche geldwerte Leistungen beziehen (vier gemäss RR-Antwort Ullmann), sind die aufgelaufenen Leistungen per dato anzugeben.
4. Wie hoch (Prozent zum ordentlichen Lohn, Dauer der Zahlungen in Jahren min, max, durchschnittlich) ist das Ruhegehalt in umliegenden Kantonen Aargau, Baselland (Revisionsvorlage), Zürich, Solothurn, Jura oder Bund?

Aeneas Wanner

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend Einsatz von Kleingeräten wie Laubbläser

14.5018.01

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf den Anzug von Patrick Hafner [07.5286.02] geschrieben, dass er ein Grundsatzpapier erstellt hat für den Umgang mit Kleingeräten wie auch den Laubbläsern. Dieses sollte im Sinne eines Pilotprojektes erprobt werden und nach Ende 2010 evaluiert werden. Danach solle eine allgemein behördenverbindliche Regelung erstellt werden. Eine verbindliche Regelung, welche auch die private Nutzung einschränken würde, lehnte die Regierung bisher ab.

Auf der Homepage des BAFU (Bundesamt für Umwelt) wird auf das Grundsatzpapier von Basel-Stadt hingewiesen. Ebenso wird erwähnt, dass der Vollzug der Lärmschutzverordnung den Gemeinden und Kantonen obliegt. Es bestehe zudem die Möglichkeit für lärmige Geräte Nutzungseinschränkungen oder entsprechende Ruhezeiten festzulegen.

Daher bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Nutzungseinschränkungen und Ruhezeiten bestehen aktuell von Kleingeräten wie den Laubbläsern?
2. Was ergab die Auswertung des Einsatzes von Kleingeräten anhand des Grundsatzpapiers?
3. Welche allgemein behördenverbindliche Regelung betreffend dem Umgang mit Kleingeräten wurde danach erstellt?
4. Ist die Regierung nach Auswertung des sogenannten Pilotprojektes immer noch der Ansicht, dass eine für alle verbindliche Regelung aufgrund der Staub- und Lärmemissionen dieser Kleingeräte nicht sinnvoll und nötig sei?

Tanja Soland

b) Schriftliche Anfrage betreffend kaputter Uhr an der Clarakirche

14.5025.01

Basel, die Stadt mit der Weltmesse für Uhren und Schmuck. Und alles findet in meinem Wahlkreis Kleinbasel statt. Der Claraplatz ist das Zentrum von Kleinbasel. Fast jeden Tag bin ich auf dem Claraplatz und schaue auf die dortige grosse Uhr an der Kirche, um zu sehen, welche Zeit es ist.

Aber seit Sommer 2013 geht diese Uhr nicht mehr. Eine Schande für eine Weltstadt wie Basel. Die Hauptuhr im Kleinbasel geht seit einem halben Jahr nicht mehr. Sicherlich gehört diese Uhr der Kirche. Aber der Kanton steht ja in Zusammenarbeit mit allen Kirchen.

1. Wer ist für diese Uhr zuständig?
2. Kann der Kanton, also die Regierung, sich mit der Kirche in Verbindung setzen, damit diese Uhr wieder geht und repariert wird?
3. Wer trägt die Kosten der Reparatur?
4. Muss das der Kanton bezahlen?
5. Sieht es die Regierung auch so, dass bis zur kommenden Uhren- und Schmuckmesse diese Uhr wieder gehen muss? Denn sonst setzen wir uns Basler erneut der Lächerlichkeit aus, wie beim Greenpeace-Überfall beim FC Basel.

Eric Weber

c) Schriftliche Anfrage betreffend Kantonsmitarbeiter, die Schulden haben

14.5026.01

Im Frühsommer 2013 haben alle Basler Medien darüber berichtet, dass eine türkisch-stämmige Grossrätin massiv Schulden hatte. Ich glaube, es wurde von rund 30 Schuldscheinen berichtet. Es ist mir nicht bekannt, ob alle Schulden schon abbezahlt sind und ob schon wieder neue Schulden bei der betreffenden Person vorliegen. Da diese betreffende Person aber beim Kanton BS als Juristin arbeitet, sind folgende Fragen doch von Wichtigkeit:

1. Wenn ein Mensch Schulden hat, kann er dennoch beim Kanton Basel- Stadt arbeiten?
2. Wenn ein Mensch aber Schulden in Höhe von 250'000 Franken hat, darf er dann dennoch beim Kanton arbeiten?
3. Wie ist es in dem Fall, wenn jemand beim Kanton Basel angestellt wird und es erst später raus kommt, dass diese Person massiv Schulden hat?
4. Warum werden von Basel-Stadt Menschen angestellt, die Schulden haben? Gibt es da keine Richtlinien?

Eric Weber

d) Schriftliche Anfrage betreffend warum wurde Michail Chodorkowski wegen Steuerhinterzug in Basel nicht sofort verhaftet?

14.5027.01

Weltweit ging es durch alle Medien. Chodorkowski ist über Basel in die Schweiz eingereist. Spätestens im Badischen Bahnhof hätte Schluss sein müssen mit seiner Reise in die Schweiz.

Abends am 5. Januar ist Michail Chodorkowski mit dem ICE in Basel SBB angekommen und von dort mit dem Auto weiter gefahren. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wusste die Basler Regierung, dass Chodorkowski über Basel in die Schweiz einreisen wird?
2. Wusste die Basler Fahndung, dass Chodorkowski in Basel ist?
3. Warum wurde Chodorkowski in Basel nicht sofort verhaftet?
4. Wurde Chodorkowski bei der Einreise in die Schweiz kontrolliert?
5. Pro Einreise in die Schweiz darf man nur Werte in Höhe von 300 Franken haben. Was darüber ist, muss verzollt werden. Da Chodorkowski neue Kleidung, neue Schuhe, neue Uhr und alles neu hatte, mit einem Gesamtwert von 5'600 Euro, warum wurde hier keine Verzollung durchgeführt? Jeder andere Bürger wird abgestraft, wenn er über 300 Franken an neuen Wertsachen dabei hat.
6. Chodorkowski hatte die erste Einreise im Dezember 2012 nach Berlin, scheinbar mit einem Schengen-Visum. Warum hatte er für seine Reise ein Visum auf der Schweizer Botschaft in Berlin beantragt? Denn mit einem Schengen-Visum kann man auch in die Schweiz einreisen. Man muss kein zweites Schengen-Visum haben. Was wird hier für ein Spiel gespielt?
7. Warum wohnt die Ehefrau von Chodorkowski und zwei seiner Kinder in der Schweiz, wenn diese nicht in Russland verfolgt werden?

Eric Weber

e) Schriftliche Anfrage betreffend Computer für alle Grossräte

14.5028.01

Im vergangenen Dezember besuchte ich den Wahlsieger von Genf, Eric Stauffer, von der Genfer Bürgerbewegung. Seine Partei machte 20 Sitze im 100-köpfigen Parlament. Und ich staunte nicht schlecht. Jeder Grossrat hat dort vom Kanton einen Computer (Laptop) erhalten.

1. Kann ein jeder Grossrat bitte auch in Basel einen Computer erhalten?
2. Kann ein jeder Grossrat in Basel bitte ein iPad erhalten?
3. Kann ein jeder Grossrat in Basel bitte ein Handy erhalten?
4. Auch die anderen Kantone kennen die Pauschalen für Grossräte. Diese sind ähnlich hoch wie in Basel. Dennoch erhalten die Grossräte aus anderen Kantonen noch zusätzlich einen Computer kostenfrei?
5. Wenn ein Grossrat in Basel keinen Computer hat, kann er dann z.B. bitte einmal in der Woche im Rathaus in Basel an einem Arbeitsplatz seine Texte schreiben?

Eric Weber

f) Schriftliche Anfrage betreffend faule Wähler

14.5029.01

In Staatskundeunterricht im KV war ich immer der Klassenbeste und habe allen immer alles erklärt. Keiner hatte mein Wissen. So ist es noch heute, wenn Online Reports schreibt, Eric Weber ist die beste Spürnase im Parlament und der Zeit voraus. Auch der Polizei bin ich oftmals in meinen Recherchen als Journalist die bekanntesten drei Schritte voraus.

Leider gibt es immer mehr faule Wähler. Daher sollten wir Politiker jetzt reagieren und Massnahmen einleiten.

Bei dreimaliger Nichtteilnahme an einer Wahl, verliert man automatisch das Wahlrecht. Um es wiederzubekommen, muss man es neu beantragen. Vermutlich würde eine solche Regelung dazu führen, dass die Zahl der Nichtwähler deutlich zurückginge.

1. In welchem Schweizer Kanton muss man ein kleines Strafgeld zahlen, wenn man nicht zur Wahl geht? Oder wurde es abgeschafft?
2. Könnte Basel-Stadt bitte auch einführen, dass Fr. 5 bezahlt werden müssen, wenn man nicht zur Wahl geht?
3. Im Land meiner Mutter, der DDR, gab es immer eine Wahlbeteiligung von 99,99%. Warum haben wir in Basel nur eine Wahlbeteiligung von rund 40 bis 50 %?
4. Kann die Regierung bitte einführen, dass man bei dreimaliger Nichtteilnahme an einer Wahl automatisch das Wahlrecht verliert?

Eric Weber

g) Schriftliche Anfrage betreffend Medienauftritt von Basel-Stadt. Wieviele Journalisten wurden nach Basel eingeladen

14.5030.01

Journalisten neigen zu Selbstgerechtigkeit. Viele kritisieren mit einer Härte und Gnadenlosigkeit, vertragen selbst aber nicht die geringste Kritik. Oftmals gibt es regelrechte Mafia-Strukturen bei den Medien. Und immer wieder die gleichen Reisejournalisten werden eingeladen. Und andere Journalisten, weil sie z.B. politisch nicht passen, werden gar nicht mehr eingeladen. Der Schreibende dieser Zeilen hatte die Möglichkeit, von Basel-Stadt eingeladen zu sein und weilte daher im Oktober 2011 während zwei Nächten im Hotel Europe. Dort bekam ich ein Mobility-Ticket. Meine Basler Stadtführerin, von Basel Tourismus gestellt, hatte kein Trambillet und fuhr einfach schwarz. Das war mehr als peinlich.

1. Wieviele Journalisten wurden in 2011 und 2012 nach Basel eingeladen?
2. Wie hoch waren die Kosten dafür?
3. Oft ist es so, dass Schweiz Tourismus sich an den Kosten beteiligt. Wie hoch war die Beteiligung von Schweiz Tourismus?
4. Wer hat die hohen Reisekosten, vom Ausland in die Schweiz (z.B. von Russland nach Basel oder z.B. von Australien nach Basel oder von China nach Basel) übernommen?
5. Wieviele Zeitungs-Artikel sind erschienen? Wieviele Radio- oder Fernsehberichte? Wieviele Internet-Texte?
6. Kann ein normaler Bürger all diese Werke bitte einmal anschauen? Oder besteht dazu keine Möglichkeit?

Eric Weber

h) Schriftliche Anfrage betreffend Werbung an BVB Trams und Bussen

14.5031.01

In Genf sieht man an den Trams sehr sehr viel Werbung. Wie mir ein Genfer Grossrat im Dezember 2013 in Genf sagte, bekommt die Stadt Genf dadurch sehr viel Geld in die Kasse.

Wenn ich Antworten von der Regierung lese, lese ich immer öfter wie Quervergleiche mit anderen Kantonen gezogen werden. Wie es dort ist. Daher ist es jetzt interessant zu wissen, wie ist es mit der Tramwerbung.

1. Könnten die BVB nicht viel mehr Werbung an den Trams und Bussen anbringen?
2. Wieviel Geld nimmt die BVB pro Jahr an solcher Werbung ein?
3. Ich wäre der Regierung dankbar, wenn man uns sagen könnte, wie es z.B. in anderen Städten ist? Evt. kann ja die Regierung in Erfahrung bringen, was in Genf, in Zürich oder in Bern an Tram-Werbung eingenommen wird?
4. Warum nimmt Genf viel viel mehr Geld durch Werbung an Trams ein? Warum ist das in Basel nicht möglich?

Eric Weber